

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (19)

Die Forderungen des 1. Mai!

Wieder naht der Tag, der mehr als jeder andere bestimmt ist, uns aus der Not und Bedrückung unserer Zeit zu erheben zu den großen Zukunftshoffnungen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Die Not der Arbeitslosigkeit hat als Folge des Weltkrieges ein Ausmaß erreicht, wie es die Geschichte früher niemals kannte. Millionen und Millionen Menschen verfallen in immer tiefere Verelendung, weil die kapitalistische Gesellschaftsordnung sich als unfähig erweist, ihnen das elementarste Menschenrecht zu sichern:

Arbeit!

In zwei Feldlager ist die Welt geteilt. Die einen, die im Namen des Profits die Vermehrung der täglichen Arbeitszeit fordern und sich nicht scheuen, damit den Frevler der Vermehrung der Arbeitslosen zu verüben. Die andern, die den großen Kampf für den Achtstundentag führen, in dem Bewußtsein, daß jeder Schritt vorwärts in diesem Kampf auch die Schmach der Arbeitslosigkeit einschränkt. So wird heute jeder, der die

Ratifikation der Washingtoner Konvention

über den Achtstundentag noch weiter hemmt, nicht nur als Feind des allgemeinen Fortschritts der sozialpolitischen Gesetzgebung, sondern im besonderen als Feind der Arbeitslosen gekennzeichnet werden müssen.

Täglich und stündlich leiden wir unter den Folgen des letzten Krieges. Aber die Hoffnung, daß die Menschen aus dem Unheil, das nun mehr als ein Jahrzehnt auf ihnen lastet, gelernt haben, hat sich nur wenig erfüllt. So schwächlich die Ansätze zum Frieden sind, so stark treten die neuen Tendenzen zum Kriege hervor. In Marokko und in Syrien fließt Blut. Die Intervention ausländischer Mächte verschärft den blutigen Bürgerkrieg in China. Der italienische Faschismus droht offen mit gewalttätiger Expansion. Ein Wettrennen setzt ein, das alles übertrifft was die Welt vor dem großen Kriege gekannt. Immer ungeheuerlichere Mittel der Zerstörung und Verwüstung werden erfunden und die kapitalistischen Staaten verwenden einen Großteil der Steuern des Volkes zum Ankauf immer modernerer Zerstörungsmittel. Einen Lichtpunkt bietet der Beschluß der Abrüstung, den die Sozialisten Dänemarks im Abgeordnetenhaus durchgesetzt. Die Hoffnung auf die Überwindung des militärischen Wahnsinns ist einzig gegründet auf die erstarkende Macht der Arbeiterklasse in allen Ländern. Zu rücksichtslosem Kampf

gegen den Militarismus, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg

ruft die Arbeiterklasse aller Länder der 1. Mai!

Die Bedrückung durch den Faschismus ruft die Arbeiterklasse zur immer besseren Organisation ihres Widerstandes auf. Der Prozeß Chiari ist zum Symbol der Skrupellosig-

keit der Feinde des Proletariats geworden. Aber Giacomo Matteotti wird in den Herzen der Arbeiter weiterleben und sie anfeuern, seinem Beispiel der Arbeitsfreude und Opferwilligkeit für die große Sache des Sozialismus zu folgen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale will aber auch in einem äußeren Symbol das Andenken ihres großen Märtyrers ehren und hat daher beschlossen:

Giacomo Matteotti im Volkshaus zu Brüssel ein Denkmal

zu setzen, in der Überzeugung, daß die Zeit nicht allzu fern sein kann, wo sein Denkmal auf dem Boden des vom Faschismus befreiten Italiens den ihm zukommenden Platz finden wird.

In hartem Ringen kämpfen die Arbeiter in allen Ländern der Reaktion. Aber ganz besonders aufreibend und schwer ist der Kampf in jenen Ländern, wo die Demokratie vollständig unterdrückt ist, wo nicht nur das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit beschränkt, sondern nicht einmal aus dem Parlament die Anklage gegen das Gewaltregime an die Öffentlichkeit kommen, die Massen erreichen kann. Diese Länder bedürfen in noch weit höherem Maße, als alle andern der Bekundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale hat daher beschlossen, zur Erfüllung dieser Aufgabe einen besonderen Fonds zu schaffen. Er wird den Namen führen:

Matteotti-Fonds. Internationaler Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie.

Sie ruft die einzelnen Parteien auf, am 10. Juni, wenn sich der Todestag Matteottis zum zweitenmal jährt, den Grundstein zu diesem Fonds zu legen.

Den Genossen in den Ländern, in denen die Aktion der Arbeiterklasse um so viel schwerer ist, wollen wir wenigstens materiell in ihrem Kampf beistehen, wollen die Opfer des Kampfes vor dem tiefsten Elend schützen.

Am 1. Mai wollen wir nicht nur Klarheit verbreiten über die Not und Bedrückung, in der die arbeitenden Massen leben, sondern ihnen auch zum Bewußtsein bringen, daß ihre ganze Zukunftshoffnung begründet ist in dem Aufstieg der klassenbewußten Arbeiterbewegung. Die Entschlossenheit und Unermüdblichkeit der kämpfenden Arbeiterklassen wird um so größere Früchte tragen, je mehr verwirklicht wird die

organisatorische Einheit.

Darum rufen wir bei der Maifeier den Arbeitern aller Länder zu: Schafft die Voraussetzungen des Sieges durch zielbewußte Organisationsarbeit, rüttelt die Gleichgültigen auf, werbet für die sozialistischen Arbeiterparteien!

Auf zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und reaktionäre Unterdrückung!

Auf zum Kampf für die neue Gesellschaftsordnung des Sozialismus!

Zürich, den 12. April 1926.

Das Exekutiv-Komitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Eine Niederlage des Bodenamtes.

Der am Freitag vom Obersten Verwaltungsgerichtshof in der Sache Marienbad gefällte Urteilspruch ist — nehmet alles nur in allem — kein Ruhmesblatt in der Geschichte der tschechoslowakischen Bodenreform, ganz bestimmt aber kein Anerkennungszeugnis für die Tätigkeit des Staatsbodenamtes. Das Bodenamt ist in den schwerwiegendsten Punkten des Streitfalles sachfällig geworden. Die wichtigsten Objekte des Marienbader Kurbetriebes, die Bäder, die Kuranlagen und der Park, sind als nicht unter die Bodenbeschlagnahmegerese fallend aus dem weiteren Verfahren ausgeschieden worden, der Anspruch des Stiftes Tepl auf Verlassung von 250 Hektar seines Besitzes wurde anerkannt, eine weitere Entscheidung betreffend die Enteignung von drei Heilquellen wegen Mangelhaftigkeit an das Bodenamt zurückgewiesen. Als magere eines rein formalen Umstandes Ausbeute verblieb dem Bodenamt der unbestrittene Besitz von drei weiteren Heilquellen.

Noch schwerer als die sachliche, wiegt die moralische Einbuße, die der richterliche Entscheid für das Bodenamt bedeutet. Es ist immerhin keine alltägliche Sache, wenn die höchste verwaltungsgerichtliche Instanz einer staatlichen Behörde, die mehr Machtvollkommenheit besitzt als jedes Ministerium, in einem Falle rechtswidrigen Handlungen, in mehreren anderen Fällen Rechtsirrtum und mangelhaftes Ver-

fahren ausstellt. Die Größe der Niederlage des Bodenamtes wird erst in vollem Umfange offenbar, wenn man nur flüchtig den verschwommenen Wortlaut der Bodenreform-gesetze betrachtet, die mit ihrer unklaren Fassung, ihren zahllosen Wachs- und Kautschukbestimmungen dem Können und Nichtkönnen der obersten Agrarbehörde den denkbar weitesten Spielraum lassen.

Das Vorgehen des Bodenamtes im Falle Marienbads hat im In- und Auslande das größte Aufsehen geweckt, nicht nur weil das Schicksal eines weltberühmten Kurortes weit über die Landesgrenzen hinaus Interesse findet und dort außergewöhnliche akustische Wirkungen auslöst, sondern weil es diesmal auch um den Besitz einer einfluß- und verbindungsreichen Stützbruderschaft ging. Soweit sich die Gesekwidrigkeiten und Verfahrensmängel des Bodenamtes gegen arme Landarbeiter, Gutsangestellte oder die Böhmervälder Kleinpächter richteten, war ja das Aufsehen in der Öffentlichkeit bei weitem nicht so groß. Da waren auch nicht so sehr die Korrekturen des Verwaltungsgerichtshofes zu fürchten, weil die armen Leute gewöhnlich kein Geld für kostspielige Prozesse haben und vor allem, weil man 14 Prozent aller durch die Bodenreform benachteiligten — die abgewiesenen Zuteilungsbewerber ohne Unterschied! — den Weg zu einer Rekursinstanz schon im Gesek fürsorglich verrammelte. Indem die Bodenreform-gesetze keinem der Bodenbewerber einen formalrechtlichen Anspruch zubilligen, erheben sie jeden Zuteilungskommissär zum Range eines unfehlbaren Gesekvollstreckers und zugleich einer inappellablen Instanz. Nur die von der

Bodenbeschlagnahme betroffenen Großgrundbesitzer haben die Möglichkeit, sich über die Verfügungen des Bodenamtes beim Verwaltungsgerichtshof zu beschweren. Angesichts dieses Unrechtszustandes liegt die Bedeutung des Freitag-Urteiles weniger darin, daß dem Bodenamt Ungehehrlichkeiten und Formfehler nachgewiesen wurden — das wäre eine ganz alltägliche Sache — sondern vielmehr in der Tatsache, daß das Bodenamt nach vielen Jahren ungehehrlicher Betätigung wenigstens in einem besonderen Falle einen offiziellen Richter gefunden hat.

Eines bleibt noch aufzuklären: wie so es kam, daß sich eine so mächtige Staatsbehörde leichtsinnigerweise einer weithin wirkenden öffentlichen Blamage aussetzte. Im Bodenamte sitzen doch einige hundert Juristen und seitdem Herr Wischlosky wieder zur großen Armee der Bodenamtsbürokraten eingereiht ist, ist sogar ein gewesener Justizminister darunter. Wie konnten sich denn alle diese Herren im Kampfe um Marienbad, einem wohlgerüsteten jähren Partner gegenüber, auf das Blatteis der Geseklichkeit vorwagen? Man glaube ja nicht, daß die Wischlosky und Bozenik schlechte Kenner der selbstfabrizierten Bodenreformgesetze sind oder, daß sie mutwilligermassen das Haupt unter das Nichtheil des Verwaltungsgerichtshofes gelegt haben. Aber es gibt gewisse Zwangsläufigkeiten, die stärker sind als die Sähläre der Agrarjuristen. Stellt eine Behörde unter die Kontrolle zweier Instanzen und sie wird Eigenmächtigkeiten begehen! Stellt eine Behörde außerhalb jeder administrative und parlamentarische Aufsicht, gibt ihr das

Verfügungsrecht über Milliarden Volksgut, über hunderttausende Menschen in die Hand — aber verlangt nicht, daß sie dann eine Dienerin des Rechtes bleibe! Solche überwältigende Machtfülle, einer bürokratischen und politischen Oligarchie ohne verfassungsmäßige Sicherung anvertraut, treibt automatisch zum ärgsten Mißbrauch, erzeugt von selbst die Versuchung, die gegebenen Chancen bis zur äußersten Grenze auszuschöpfen. Ein solcher Versuch war die Aktion Marienbad. Daß die Verschäderung eines Weltkurortes in unmittelbarem Zusammenhang mit einer zur angeblichen Förderung der Landwirtschaft unternommenen Felderparzellierung stehe, glaubt ja nicht einmal der Redaktionsdiener der „Prager Presse“. Als jedoch im August des Vorjahres das Tschechisierungsprivileg der kapitalistischen Kurpachtgesellschaft von Marienbad bedroht war und als der wadere Hornist Lukavsky kräftig ins Horn blies, mußte plötzlich die Bodenamts-Feuerwehr ausrücken, um zu retten was zu retten war. Die folgenden Akte, Einsetzung einer Zwangsverwaltung zur „Sicherung des Kurbetriebes“, das Feilschen der Koalitionbanken um die Haut des noch garnicht erlegten Bären und zum Schluß die allgemeine Ratlosigkeit dieser seltsamen Bodenreformer mühten bei Wiederholung auf einer Lustspielbühne durchschlagenden Erfolg haben. Es ist unmöglich, die ganze Komödie ernst zu nehmen oder gar zu glauben, daß bei dem Schacher um den Besitz von Marienbad irgendwie das Prinzip der Gemeinnützigkeit mit den Grundfäden des Privateigentums im Streite lag. Für eine Enteignungsaktion gegenüber dem Weltkurorte,

deren erste Wirkung die Forderung war, daß die Wäschfrauen und Köchinnen der Badehäuser perfekt tschechisch und deutsch können müssen und deren revolutionärer Effekt sein sollte, daß den Kurbetriebsprostit nicht mehr das Stift Tepl sondern, die Bank der tschechischen Kreditkassen und irgendein tschechischer Automobillklub einsteckt, für eine solche „Reform“, die noch dazu die Existenz zahlreicher deutscher Arbeitsmenschen gefährdet, mag sich begeistern wer will.

Die an den Kurort gebundene Arbeiterbevölkerung des Marienbader Gebietes, um deren Schicksal nun schon seit Monaten gewürfelt wird, ohne daß sie bei diesem Würfelspiel auch nur zusehen darf, wird aber auch den vorläufigen Erfolg des Stiftes Tepl ohne Begeisterung aufnehmen. Die Stiftdamen haben

im Verlauf des Streites schon hinreichend bewiesen, daß ihnen in erster Linie ihre Besitzinteressen am Herzen liegen. Wie die Dinge liegen, scheint noch ein langwieriges Prozeßverfahren zwischen Stift und Bodenamt bevorzustehen und da das Bodenamt mit der Verfügung über die drei wichtigsten Heilquellen immerhin einen gewichtigen Trumpf in der Hand hat, besteht noch immer die Gefahr, daß das Spiel schließlich auf Kosten der beteiligten Bevölkerung beglichen wird. Es gilt auch in Zukunft wachsam zu sein und die Kräfte bereit zu halten. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird keine Lösung des Marienbader und des ganzen Kurortproblems anerkennen, die ohne ihre Mitwirkung und gegen ihre Forderungen getroffen wird.

Lehrervertreter unterhandelt, jedoch erklärt, er könne keine bindenden Zusagen abgeben. Er sei gewiß kein Gegner der Lehrerforderungen, doch müsse er in erster Linie die Interessen der Staatskasse wahren. Man kann neugierig sein, ob Dr. Englis die gleiche Entschiedenheit auch gegenüber den Kreditkassenforderungen, die mit der ursprünglichen Vorlage überhaupt nichts zu tun haben, an den Tag legen wird.

Das Gesetz über die Kollektivverträge.

Das Gesetz über die Verbindlichkeit der Kollektivverträge wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge bereits vor vier Jahren ausgearbeitet. Es ist nun notwendig, daß der Gesetzentwurf endlich vor das Abgeordnetenhaus gelangt, denn während bisher die Judikatur die Einhaltung der Kollektivverträge garantiert wurde, ist durch ein Urteil des Obersten Gerichts in einem bestimmten Fall ein Kollektivvertrag als nicht verbindlich erklärt worden. Durch das neue Gesetz sollen nun Kollektivverträge in einem eigenen Register geführt werden und der Unternehmer darf unter die im registrierten Kollektivvertrag festgesetzten Arbeitsbedingungen nicht herabgehen. Verzögert wird die Vorlage des Gesetzentwurfes durch das Handels- und Landwirtschaftsministerium, welche ein Gutachten des Wirtschaftsberates verlangen, bevor der Gesetzentwurf dem Parlament vorgelegt wird. Der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses des Wirtschaftsberates Abgeordneter Winter hat sich sofort bereit erklärt, den Ausschuß einzuberufen.

Eine Petition in Paris? Wie die „Tribuna“ in Paris meldet, weiß der gewesene Ministerpräsident Svoboda, der kurz nach seiner Demission zur Erholung nach Italien fuhr, bereits vierzehn Tage in Paris. Das Blatt weiß ferner zu melden, daß auch der frühere Eisenbahnminister Běchyň vor etwa zehn Tagen nach Paris gefahren ist. Nach anderen Mitteilungen soll auch Stříbrný im Begriffe sein, eine Urlaubsreise nach Paris zu unternehmen, und Sramel ebenfalls in Kürze dorthin fahren. Warum sich so fast alle Mitglieder der gewesenen Ráda gerade in Paris ein Stelldichein geben und ob überhaupt politische Beratungen beabsichtigt sind, weiß das Blatt allerdings nicht zu sagen.

Inland.
Die Beamtenvorlage.

Die Kongruanfrage im Vordergrund.

Das „České Slovo“ meldet, daß die Regierung bei den in den letzten Tagen mit den Vertretern der nationalsozialistischen Gewerkschaftsorganisationen geführten Verhandlungen in einigen Punkten nachgegeben hat und nicht mehr auf ihrem ursprünglichen Standpunkte verharret, sie könne an der Vorlage nichts ändern, um nicht die frühere Regierung zu desavouieren. Das Blatt gibt allerdings über die angeblich erreichten Zugeständnisse keine näheren Angaben und verrät nur, daß gerade in den wichtigsten Punkten, wie Lehrerparität und Kongruanzhöhung, die Regierung nicht nachgeben will. Das Abendblatt kündigt bereits an, daß die Regierung schon in einem Hauptpunkte nachgegeben und bezüglich der anderen eine befriedigende Erklärung gegeben habe.

Freitag verhandelten auch die nationaldemokratischen Organisationen mit der Regierung. Die „Rárodní listy“ wollen wissen, daß die Regierungsvorlage überhaupt ohne Änderungen bleiben oder nur unwesentlich geändert werden wird.

Nach den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern kommen als zweite Etappe die Beratungen der Vorlage vom gesamtpolitischen Standpunkt. Das nationalsozialistische Organ kündigt schon jetzt an, daß die Nationalsozialisten auf keinen Fall die Befassung des Kongruanzparagraphen in der Vorlage zustimmen können. Sollte auch diese Klippe umschiffbar sein, dann kommt drittens die Beratung der Bedeutung zur Verhandlung. Vorläufig dürfte sich aber um die Frage der Kongruanz noch ein harter Kampf entspinnen, da nach dem „Právo Lidu“ die Volkspartei gestern dem Ministerpräsidenten neuerdings die Forderung auf Aufrechterhaltung des jeinerzeit durch Rosel in die Vorlage eingeschmuggelten Kongruanzparagraphen vorgelegt haben.

Die sozialdemokratischen Staatsangestellten-Gewerkschaften verlangen eine enge Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in dieser Frage. Bisher halte jede Partei das Ergebnis ihrer Beratungen mit der Regierung streng geheim, wodurch der ganze Fragenkomplex kompliziert und unnötig verzögert werde.

Nach dem „Rárodní osvobození“ scheint die Vorsprache der tschechischen Lehrervertreter beim Finanzminister Dr. Englis wegen Aufrechterhaltung der Lehrerparität ziemlich ergebnislos geblieben zu sein. Dr. Englis habe zwar eineinhalb Stunden über die Forderungen der

Telegramme.

Weiß - sieben Monate Kerker.

Wegen Erpressung im Falle Castiglioni.

Wien, 17. April. (AP.) Im Prozeß Weiß-Fuchs wurde Weiß zu sieben Monaten und Fuchs zu vier Monaten schweren Kerkers wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung verurteilt.

Die Verurteilung erfolgte bloß wegen eines Falles der Erpressung an Castiglioni, dem das Erscheinen gewisser gegen ihn gerichteter Artikel angekündigt worden war. Die Urteilsbegründung führt aus, daß Castiglioni zwecks Unterlassung dieser Artikel zehn Millionen angeboten habe, daß aber von ihm fünfzig Millionen verlangt wurden. Durch diese Mehrforderung sei aus einer bloßen Bestechung eine Erpressung geworden, da Castiglioni in begründete Besorgnis versetzt werden sollte. An dieser Erpressung hat sich auch der zweite Angeklagte Fuchs beteiligt. Von der Anklage der Erpressung an der Depositionsbank wurde Weiß freigesprochen. Als mildernd wurde bei Weiß eine gewisse Notlage infolge der Armut seiner Frau angenommen sowie der Umstand, daß ihm das Geld von Fuchs und Castiglioni ausgedrängt wurde. Als erschwerend wurde ihm jedoch angerechnet, daß er seine besonderen Pflichten als in der Öffentlichkeit tätiger Journalist verletzt habe.

Die Verteidigung der beiden Angeklagten hat die Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung wegen der Verurteilung eingelegt, während der Staatsanwalt wegen des freisprechenden Teiles einiger Fakten die Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung anmeldete. Die Verteidigung stellte sodann den Antrag auf Entlastung der beiden Angeklagten, womit sich der Staatsanwalt einverstanden erklärte, worauf der Vorsitzende die Entlastung der beiden Angeklagten anordnete.

Die heimlichen K.-F. Fällungen.

Mintelens Anteilnahme nicht erwiesen. — Tag gegen die heimliche Heimwehr und die Grazer Polizei stark kompromittiert.

Graz, 17. April. (Eigenbericht.) Der Untersuchungsausschuß des steirischen Landtages, der sich mit den Behauptungen des Grafen Bethlen über die angebliche Mitwirkung des steirischen Landeshauptmanns Dr. Mintelen und der steirischen Behörden an den Fälschungen der tschechischen Banknoten in Weßelsdorf beschäftigt hat, ist heute zum Abschluß gekommen. Der Minderheitsbericht stellt fest, daß zwar die Untersuchung nicht ergeben habe, daß der Landeshauptmann persönlich oder die Regierungsbehörden als solche an dem Verbrechen teilgenommen haben, dagegen habe die Untersuchung folgende sichere Ergebnisse gezeitigt:

1. Seitende Funktionäre der steirischen Heimwehr haben an der Verbreitung der falschen Banknoten unmittelbar mitgewirkt und stehen im dringenden Verdacht, auch die Herstellung dieser falschen Banknoten begünstigt zu haben.

Zwangsurlaubs, Unterstützungen im Falle von Arbeitslosigkeit und andere verdeckte Prämien auf Gesundheit und Sabotage.

Einen Ausweg aus diesen desolaten Zuständen könnte uns, wie ich offen zugebe, in vortrefflicher Weise der Antrag des Kollegen Rumboldt eröffnen, der allerdings in angemessener Weise ergänzt werden müßte: Führen Sie, meine Herren, an Stelle der obligatorischen Versicherung die obligatorische Versittlichung der Arbeiterschaft ein und sie wird, nachdem sie begriffen hat, daß ihr einziger, wahrer Freund und Wohltäter eigentlich nur das Kapital ist, freiwillig ihre unsinnigen Forderungen aufgeben, sich mit niedrigerem Lohne begnügen, wird ruhig bescheiden und arbeitsam werden, wird den bolschewistisch-sozialistischen Schemen den Laufpaß geben und so ein neues Aufblühen unserer zerrütteten Produktion ermöglichen. Ich stimme also dem schon erwähnten Antrage zu, allerdings mit dem Vorbehalt, daß der § 2 etwa so umstilisiert werde:

Die obligatorische Ethisierung wird beschränkt:

1. Auf die gesamte Bevölkerung, die einer anderen Nation als der utopischen angehört, ohne Unterschied des Standes,

2. auf die gesamte in der Republik Utopien beschäftigte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation.

Falls diese Änderungen nicht angenommen werden, lege ich selbstverständlich gegen die Vorlage mein entschiedenstes Veto ein.

Mit dieser Erklärung hatte die Debatte ihren Höhepunkt erreicht. Die übrigen Neuherrungen waren mit Rücksicht auf die bürgerliche Zeit sehr kurz und mehr oder weniger trocken. Der liberale Abgeordnete Pajusz erklärte, daß er sich über die Angelegenheit nicht äußern könne, solange ihm nicht die Entscheidung der Kongregation facti officii in Rom zugekommen sei; es

2. Die Untersuchung durch die Grazer Polizei wurde zum Teil in einer ganz eigenartigen, dem Gesetze nicht entsprechenden Weise durchgeführt und erweckt den begründeten Verdacht, daß sie nicht die Ermittlung der Wahrheit sondern die Niederschlagung der Untersuchung anstrebte.

3. Die Behandlung der Strafsache durch das zuständige Wiener Landesgericht erfolgte zum Teil in einer nicht dem üblichen Verlauf eines Strafverfahrens entsprechenden Art und Weise.

4. Die Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Mesarozj und Genossen und in noch höherem Maße des Strafverfahrens gegen die Grazer Mitschuldigen erfolgte ohne jeden triftigen Grund und stellt einen bedauerlichen Akt behördlicher Begünstigung eines Verbrechens dar.

Noch ein Bischof unter den Frankfalschern.

Wien, 17. April. Die Wiener „Allgemeine Zeitung“ meldet aus Budapest, daß der Bischof von Steinamanger Graf Miklos heute vom Untersuchungsrichter Dr. Lengyel in der Frankfalschungsaffäre einvernommen wurde. Das Verhör hat eine halbe Stunde gedauert.

Berlin-Moskau-Angora.

Paris, 17. April. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ meldet, daß die ausländischen diplomatischen Stellen in Berlin in dem russisch-deutschen Verträge den Beginn einer Annäherung und einer neuen politischen Organisation Berlin-Moskau-Angora erblicken. Diese politische Kombination werde sowohl im Völkerbunde als auch im Völkerbunde selbst eine neue Situation schaffen und die Position Deutschlands erschweren. Der Korrespondent des „Journal“ deutet an, eine der Folgen des deutsch-russischen Abkommens könnte der Rücktritt des deutschen Außenministers Dr. Stresemann sein, welcher diese Politik nicht vollkommen billigen soll und für sie nicht die volle Verantwortung auf sich nehmen wolle.

Kanzlerreise nach München.

München, 17. April. (Wolff.) Reichskanzler Dr. Luther, Reichsminister des Innern Dr. Kütz und Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sind heute vormittag in München eingetroffen, wo sie das deutsche Museum und den Reichsfinanzhof (das oberste Steuergericht) besichtigten. Nachmittags fand eine längere Aussprache im Ministerium des Reichens statt. Wie die Blätter melden, wird der wesentliche Teil des Programmes des Kanzlerbesuches eine Aussprache über das Verhältnis Bayerns zum Reich und besonders über den Finanzausgleich sein.

Drei Tote

durch Gasvergiftung im Brunnenbach

Preßburg, 17. April. Samstag nachmittags ereignete sich auf dem hiesigen Gauplatz ein bedauerndes Unglück, das drei Menschenleben als Opfer forderte. Der Schlosser Karl Novak und der Arbeiter Stephan Polak fielen bei einer Reparatur infolge Gasbetäubung in einen 20 Meter tiefen Brunnen. Vor Eintreffen der Rettungstation wollte ihnen der Feuerwehrmann R. Schmidt zu Hilfe kommen, wurde aber auch durch das Gas betäubt und fiel gleichfalls in den Brunnen. Die Rettungstation konnte alle drei nur noch als Leichen bergen.

Aus dem Tschechischen von Richard Brandel.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen.

6 Von Jiri Hausmann.

In letzter Zeit wurde leider wiederholt die tschechische Meinung geäußert, daß wir in nationaler Hinsicht gesichert seien — gewiß, meine Herren: wir haben die Regierung, wir haben die Administration, wir haben die ausübende Gewalt in den Händen — aber was uns fehlt, ist jener Geist des keine Kompromisse schließenden nationalen Stolzes, ja, wenn ich mich so ausdrücken darf, des „Willens zur Macht“ — wenn wir diesen hätten, könnten wir wahrlich nicht verfallen in sinnlosen und beschämenden Experimenten mit nationalen Versöhnungsversuchen, welche nur Del in das Feuer des chauvinistischen Uebermutes der Ustomatulanten gießen.

Auch in diesem kritischen Augenblicke kommt jemand, statt alle alten, treuen Patrioten auf Deck zu rufen, mit dem Antrag — dreht Ihr Euch nicht im Grabe um, Ihr unsere ruhmvollen Vorfahren? — mit dem Antrag auf obligatorische Einführung der Liebe zum Nebenmenschen, demnach also vielleicht auch zum nationalen Widersacher! Hier sieht man die Folgen des „neuen Regimes“, hier sieht man die giftigen Früchte der Humanitätspolitologie! — Gewiß, ich bin vollkommen einverstanden: die zwangsmäßige Versittlichung muß eingeführt werden, aber ausschließlich für die Angehörigen der anderen Nationen, damit sie endlich einsehen, daß es nur dann möglich sein wird, ihnen eine gewisse Existenzberechtigung im Rahmen unserer Republik einzuräumen. Gehen rein nationaler, unopischer Charakter durch diese äußerste Konfession selbstverständlich nicht die geringste Einbuße erleiden darf, wenn sie von

ihrem unsinnigen Ruf nach Gleichberechtigung ablassen und sich bedingungslos auf den Boden dieses Staates stellen.

So denke ich über die Sache vom nationalen Standpunkte. Leider Gottes gibt es aber noch andere Probleme, von denen unser Staat in der gegenwärtigen Zeit erschüttert wird. Einige Bevölkerungsgelassen, versüßert von demagogischen Schlagworten sozialistischer Agitatoren, sind bemüht, ihre heimischen Standesinteressen geltend zu machen, statt ihr einziges Ziel in der Festigung und Verbreitung unseres nationalen und sprachlichen Besitztums zu sehen, und werfen so überflüssigerweise und zum Schaden des Ganzen, die sogenannte „soziale Frage“ auf. Jawohl, meine Herren, überflüssigerweise, denn die Nachgiebigkeit unserer schwer geprüften Arbeiterschaft gegenüber den überzogenen Forderungen der Arbeiterschaft, hat wahrlich schon die äußersten Grenzen erreicht. Unerhört hohe Löhne, die Beschränkung der freien Initiative des Unternehmers durch Betriebsräte, die achtstündige Arbeitszeit, Mühsigang, Demoralisierung und, Hand in Hand mit ihr, ein Sinken der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerschaft — all dies sind Momente, welche unserer Industrie und unserem Handel, die ohnehin durch die Steuerhauke schon halb zugrunde gerichtet sind, das Grab schaufeln, indem sie sie konkurrenzunfähig machen und die opferfreudigen Betriebsinhaber des Großteils ihres schwer verdienten Gewinnes berauben. Dabei findet der unterdrückte Unternehmer, der außerdem noch ständig von dem Dammochschwert unwilliger Streiks bedroht ist, in seinem schweren Existenzkampf bei der Regierung keine Spur von Entgegenkommen — im Gegenteil, diese verschlechtert noch (wiederum dank dem „neuen Regime“ und den pseudohumanitären Grundfäden eines bürren Bolschewismus) den unhaltbaren Zustand durch verschiedene unglückselige Maßnahmen, wie Alters- und Invaliditätsversicherung, Gewerbeinspektorate, Einführung eines

ihrem unsinnigen Ruf nach Gleichberechtigung ablassen und sich bedingungslos auf den Boden dieses Staates stellen.

zwangsurlaubs, Unterstützungen im Falle von Arbeitslosigkeit und andere verdeckte Prämien auf Gesundheit und Sabotage. Einen Ausweg aus diesen desolaten Zuständen könnte uns, wie ich offen zugebe, in vortrefflicher Weise der Antrag des Kollegen Rumboldt eröffnen, der allerdings in angemessener Weise ergänzt werden müßte: Führen Sie, meine Herren, an Stelle der obligatorischen Versicherung die obligatorische Versittlichung der Arbeiterschaft ein und sie wird, nachdem sie begriffen hat, daß ihr einziger, wahrer Freund und Wohltäter eigentlich nur das Kapital ist, freiwillig ihre unsinnigen Forderungen aufgeben, sich mit niedrigerem Lohne begnügen, wird ruhig bescheiden und arbeitsam werden, wird den bolschewistisch-sozialistischen Schemen den Laufpaß geben und so ein neues Aufblühen unserer zerrütteten Produktion ermöglichen. Ich stimme also dem schon erwähnten Antrage zu, allerdings mit dem Vorbehalt, daß der § 2 etwa so umstilisiert werde: Die obligatorische Ethisierung wird beschränkt: 1. Auf die gesamte Bevölkerung, die einer anderen Nation als der utopischen angehört, ohne Unterschied des Standes, 2. auf die gesamte in der Republik Utopien beschäftigte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation. Falls diese Änderungen nicht angenommen werden, lege ich selbstverständlich gegen die Vorlage mein entschiedenstes Veto ein. Mit dieser Erklärung hatte die Debatte ihren Höhepunkt erreicht. Die übrigen Neuherrungen waren mit Rücksicht auf die bürgerliche Zeit sehr kurz und mehr oder weniger trocken. Der liberale Abgeordnete Pajusz erklärte, daß er sich über die Angelegenheit nicht äußern könne, solange ihm nicht die Entscheidung der Kongregation facti officii in Rom zugekommen sei; es

wäre aber vielleicht der Erwägung wert, als vorläufigen Ersatz die heilige Inquisition und die Ketzengerichte wieder einzuführen.

Der Vertreter der Sozialisten stimmte dagegen, weil seiner Meinung nach zur Ethisierung der kapitalistischen Kreise eine solche Menge Apathie nötig wäre, daß die Staatskasse die Kosten der Verstellung einfach nicht ausreichte. In gleicher Weise nahm der Kommunist Sovnorkom eine ablehnende Haltung gegen das Projekt ein, denn nur der rücksichtslose Klassenkampf werde dem Proletariate Befreiung bringen; künstliche Versittlichungsversuche betrachte er als bourgeoise Intrigue und sozialpatriotische Reformiererei.

Damit war die Debatte zu Ende. Da aber kein einziger Änderungsantrag die erforderliche Mehrheit gefunden hatte, wurde der Antrag abgelehnt und von seiner Vorlage im Parlamentsplenam Abstand genommen.

Vor der Tür des Sitzungssaales, in dem der Ausschuß tagte, ging bereits geraume Zeit eine magere Gestalt, eingehüllt in einen weiten Mantel, auf und ab; es war Professor Fabricius. In regelmäßigen Abständen von drei Minuten fragte er den Parlamentarier, wie lange die Verhandlung aller Wahrscheinlichkeit nach noch dauern würde, und als ihm dieser endlich das Ergebnis mitteilen konnte, brach der unglückliche Professor, ohne ein Wort zu reden, auf einem in der Nähe stehenden Sessel aufzukommen und blickte eine Weile stumm vor sich hin. Schließlich erhob er sich dennoch, taumelte auf die Straße hinaus, kaufte im nächsten Gemischt- und Kolonialwarengeschäft einen starken Panstrik von einem halben Meter Länge und begab sich in ein nahe Waldchen hinter der Stadt, wo er sich auf dem ersten besten Baume aufhängte.

(Fortsetzung folgt.)

Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Einigungsverhandlungen genehmigt. — Gegen die Verkleinerung der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse. — Gegen den Regierungsverzicht der Staatsangestelltenvorlage. — Gegen kommunistische Demagogie.

Am 14. und 15. April 1926 fand in Bodenbach an der Elbe die Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Außer den hiesigen Angehörigen waren die teilnahmeberechtigten Vertreter aller angeschlossenen Verbände anwesend, dann sämtliche Mitglieder der Zentralgewerkschaftskommission und der Kontrolle. Zuerst erledigte die Vorstandskonferenz das Ergebnis der

Verhandlungen der Zentralgewerkschaftskommission mit der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung vom Jänner 1. J.

Dazu erstattete Genosse Franz Macoun einen übersichtlichen Bericht, worin er sich mit dem ganzen bisherigen Verlauf der Einigungsverhandlungen beschäftigte. Im Auftrage der Zentralgewerkschaftskommission beantragte der Berichtserstatter, dem Verhandlungsergebnis vom Jänner zuzustimmen und die Zentralgewerkschaftskommission unter Beobachtung gewisser Richtlinien zu ermächtigen, im nächsten Monat die Verhandlungen fortzusetzen. Das letzte Verhandlungsergebnis wurde ohne Debatte einstimmig von der Vorstandskonferenz genehmigt.

Zu den Richtlinien für das nunmehr zu schaffende Gemeinsamkeitsverhältnis der beiderseitigen Verbände sprachen mehrere Redner, doch gab es auch da keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, so daß die Vorschläge der Zentralgewerkschaftskommission auch in dieser Richtung einstimmig Annahme fanden. Die nächsten Verhandlungen der beiden Gewerkschaftszentralen sind für den 4. und 5. Mai angesetzt. Zum

Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung

In der Tschechoslowakei sprach Genosse Schäfer. Er befaßte sich einleitend mit den Ergebnissen der letzten Parlamentssitzung auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung und zeigte an zahlreichen Beispielen, daß der Widerstand der Unternehmerklasse gegen die Einhaltung der bestehenden sozialpolitischen Vorschriften immer bedrohlicher wird. So kommen in Zeiten schlechten Geschäftsganges Umgehungen des Gesetzes über die tägliche Arbeitszeit vor. Einzelne sozialpolitische Gesetze sind noch lange nicht in ihrem ganzen Umfange ausgeführt. In nicht wenigen Fragen des Arbeiterschutzes wären längst Verbesserungen notwendig, an die aber bei den vorherrschenden politischen Zuständen in der Tschechoslowakei weder gedacht noch geschritten wird. Der Berichtserstatter behandelte im Zusammenhang mit der sozialpolitischen Gesetzgebung den Kampf um das neue Staat angestellte Gesetz, besprach die sozialpolitischen Forderungen der Privatangestellten und wendete sich insbesondere gegen die Verschleppung der Reform des Pensionsversicherungsgesetzes.

An diesen Bericht schloß sich eine längere Aussprache. Die vom Berichtserstatter vorgeschlagene Entschliessung zum Stande der sozialpolitischen Gesetzgebung, ebenso die Entschliessung, in der die Forderungen der staatlichen und öffentlichen Angestellten aufgeführt sind, wurden einstimmig angenommen.

Die Entschliessung zum Stande der sozialpolitischen Gesetzgebung

Stellt zunächst fest, daß unter der jahrelangen Vorherrschaft der nationalsozialistischen Regierungskoalition mit der Demokratie zugleich die Sozialpolitik verkümmert und zurückgeblieben ist. Die Koalition hat unter dem verstärkten Einfluß der Unternehmerklasse selbst die eigenen unzulänglichen Gesetzabsichten auf dem Gebiete des Arbeiter- und Angestellten schutzes und des Arbeiter- und Angestelltenrechtes verschleppt und preisgegeben. So den Gesetzentwurf über die Regelung des öffentlichen Arbeitsnachweises, den vom Ministerium schon vor Jahren fertiggestellten Gesetzentwurf über die Arbeitsinspektion und andere mehr. Die Durchführung der bereits bestehenden sozialpolitischen Vorschriften und Gesetze wird lässig betrieben und ungenügend überwacht. Ungezügelt können die Unternehmer vielfach die Bestimmungen des Gesetzes über den Achtstundentag umgehen, durch Bewilligung von Überstunden, selbst in den Zeiten schwacher Beschäftigung helfen die Behörden mit, das Gesetz über die tägliche Arbeitszeit zu durchlöchern und zu erschüttern. Da die neue Beamtenregierung gleich bei ihrem Antritt versichert hat, sie werde die Politik der Koalitionsregierung fortsetzen, ist eher mit einer weiteren Verschlimmerung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung zu rechnen. Darauf müssen die Arbeiter und Angestellten gefaßt sein und sich rechtzeitig dagegen rufen, damit die reaktionären Pläne der bürgerlichen Klassen durchkreuzt und Regierung und Parlament gezwungen werden, sich den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse zuzuwenden.

Die Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes verwahrt sich vor allem gegen jeden Versuch, die Durchführung des Gesetzes über die Sozialversicherung der Arbeiter über den 1. Juli 1926 hinauszuschieben, und befiehlt darauf, daß die Sozialversicherung für die alten Personen unverzüglich nach den Forderungen der Arbeiter geregelt wird. Von den For-

derungen, die von der Zentralgewerkschaftskommission im Dezember v. J. aufgestellt worden sind, erklärt die Vorstandskonferenz für unmittelbar notwendig und dringlich folgende Gesetzesmaßnahmen:

1. Die Novellierung und Verbesserung des Betriebsauschussesgesetzes und des Gesetzes über die Betriebs- und Revierärzte im Bergbau. Ausdehnung des Betriebsauschussesgesetzes auf alle Unternehmungen von wenigstens 20 beschäftigten Personen. Gesetzliche Anerkennung von Betriebsvertrauensleuten in kleineren Unternehmungen.
2. Schutz der Kollektivverträge. Durch ein besonderes Gesetz sind die zwischen den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen und den Unternehmerverbänden vereinbarten Lohnverträge, sowie die Vereinbarungen über die sonstigen Fragen des Arbeits- und Dienstverhältnisses als rechtsverbindlich zu erklären.
3. Die Abänderung des § 82 der Gewerbeordnung und Beseitigung jener Bestimmungen des Paragraphen, die den Unternehmer aus den wichtigsten Gründen zur sofortigen Entlassung des Arbeiters berechtigen.
4. Ausgestaltung des Gewerbegerichts-gesetzes oder Schaffung eines neuen Gesetzes über Arbeitsgerichte, wobei aber an den wesentlichen Grundsätzen des Gewerbegerichtsgesetzes festzuhalten ist.
5. Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Angestellten, Novellierung des Arbeiterunfallversicherungsgesetzes in der Richtung, daß die Renten den heutigen Teuerungsverhältnissen angepaßt werden.
6. Die Novellierung des Handelsgesellschaftengesetzes.
7. Verbesserung der Pensionsversicherung der Privatangestellten und die Regelung der Krankversicherung der Angestellten bis zum Inkrafttreten der Sozialversicherung.
8. Beseitigung aller Einschränkungen des Koalitionsrechtes der Arbeiter und Angestellten, vor allem durch Aufhebung des reaktionären Terrorgesetzes.

Die Vorstandskonferenz wendet sich gegen die Angriffe der bürgerlichen Klassen auf den bestehenden Arbeiterschutz und fordert baldige ausführende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die in allen Industrieorten herrscht.

Die Forderungen der staatlichen und öffentlichen Angestellten.

Die Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in ihrer Sitzung vom 14. und 15. April zu der Regierungsvorlage über die Besoldungsreform der Staats- und öffentlichen Angestellten Stellung genommen und beschlossen, zu diesem Gegenstande nachstehende Forderungen aufzustellen:

Die Gehälter aller Angestellten- und Bedienstetenkategorien des Staates und der autonomen Körperschaften, sowie der staatlichen Unternehmungen, Anstalten und Fonds sind derart zu regeln, daß das Ausmaß derselben den gegenwärtigen Lebenshaltungskosten (Index) entspricht. Ueberdies sind die Gehälter der niedrigen Kategorien mit Rücksicht auf die ungenügende Bemessung der Vorkriegszeit entsprechend zu steigern.

Die sozialen Zulagen (Frauen- und Kinderzulagen) sind gleichmäßig für Beamte und Bedienstete beiderlei Geschlechtes ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Aenderung des Familienstandes zu gewährleisten.

Ueberzeitdienstleistungen sind besonders zu entschuldigen.

Das bisherige System der Bezüge ist als Grundlage für das neue Gehaltsschema beizubehalten. Für besonders qualifizierte oder gesundheitschädliche Dienstleistungen sind besondere Zulagen zu gewähren. Die Aufstiegsmöglichkeiten aus niedrigeren Dienstgruppen in höhere sind zu erleichtern und zu erweitern.

Das Ortszulagenklassensystem ist nach Preisindex in dem Maße zu regeln.

Die Pensionsbemessungsgrundlage hat aus dem Gehalte und 50 Prozent der höchsten Ortszulage zu bestehen. Außerdem sind soziale Zulagen zur Pension (Frauen- und Kinderzulagen) zu gewähren.

Gleichstellung aller Pensionisten auf der Grundlage des neuen Bezüge systems.

Der Pensionsbeitrag ist auf das Ausmaß der Vorkriegszeit herabzusetzen.

Die gesamte Dienstzeit ist im Höchstmaß mit 35 Jahren festzusetzen.

Die Anwärterzeiten dürfen auch bei den niedrigen Kategorien drei Jahre nicht überschreiten.

Die Durchrechnung der Dienstzeit, sowie die Anrechnung von Vordienstzeiten, wie auch der Kriegshalbjahre und Kriegsjahre sind im Sinne der bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten.

Nebst Verschlechterung der Urlaubsvorhältnisse muß abgelehnt werden. Um die Abschließung der Urlaube zu ermöglichen, ohne das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit zu verletzen, sind Ersatzkräfte beizustellen.

Den autonomen Körperschaften ist die Verpflichtung aufzuerlegen, das neue Gehaltsschema einzuführen, sofern sie nicht die Besoldungsverhältnisse ihrer Angestellten günstiger geregelt haben.

Die Vorstandskonferenz stellt fest, daß die von der Regierung eingebrachte Vorlage den obigen Grundgedanken durchaus nicht entspricht. Die Regierungsvorlage, welche durch die Einschränkung der automatischen Zeitvorrückung einen Rückschritt hinter die Errungenschaften des alten Oesterreichs bewirken will, bedroht hiedurch die wichtigsten Grundrechte der Staats- und öffentlichen Angestellten und muß grundsätzlich abgelehnt werden. Die Vorstandskonferenz fordert die Regierung auf, diese völlig unannehmbare Vorlage zurückzugeben und an ihrer Stelle einen neuen, auf die obigen Besoldungsprinzipien aufgebauten Entwurf einzubringen. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens eines auf diesen Besoldungsgrundsätzen aufgebauten Gesetzes und jene Geldzuwendungen (Memoranden) wie in den Jahren 1924/25 an die Angestellten und Arbeiter zur Auszahlung zu bringen. Desgleichen auch die sozialen Zulagen (Frauen- und Kinderzulagen) ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Aenderung des Familienstandes.

Ueber die Erfahrungen mit dem Genter System der Arbeitslosenunterstützung

In den Gewerkschaften sprach Genosse Roscher, der sich dabei mit der gegenwärtigen herrschenden Wirtschaftskrise beschäftigte und auf Grund von Erhebungen innerhalb der „Union der Textilarbeiter“ aufzeigte, in welchem Umfange die Arbeitslosigkeit um sich gegriffen hat. Wenn es auch in den anderen Industriegruppen mit der Geschäftslage nicht ganz so arg ist, so nehmen doch auch dort die Beschäftigungslosen an Zahl fortlaufend zu. In die Gewerkschaften werden jetzt infolge des Genter Systems ganz außerordentliche Anforderungen gestellt. Genosse Roscher wendete sich scharf dagegen, daß Regierung und Staat völlig gleichgültig dem krisenhaften Zustand in der Industrie gegenüberstehen und ruhig zusehen, wie die Verelendung der Arbeiter von Woche zu Woche steigt. Er beantragte folgende

Entschliessung.

mit der sich die Vorstandskonferenz einverstanden erklärte:

Das Wirtschaftsleben in der Tschechoslowakei ist im gegenwärtigen Zeitpunkt von einer schweren Wirtschaftskrise erschüttert. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind ein sprunghaftes Steigen der Zahl der Arbeitslosen, Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten, Einschränkung der Arbeitszeit in den Betrieben, Betriebsstillegungen.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit beraubt die Arbeiter- und Angestelltenchaft ihrer Existenzgrundlage und stellt andererseits an die Gewerkschaften ungeheure finanzielle Anforderungen für die Gewährung der Unterstützung an arbeitslose Mitglieder. Gegen diese fortschreitende Massennot der Arbeiter- und Angestelltenchaft und gegen die schweren finanziellen Belastungen der Gewerkschaften verlangen die Gewerkschaften entsprechende Sicherungen zum Schutz der von der Wirtschaftskrise betroffenen Arbeiter und Angestellten und der Gewerkschaften

Die in Bodenbach am 14. und 15. April 1926 tagende Vorstandskonferenz der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenchaft und der Gewerkschaften nachstehende

Forderungen an die Regierung:

1. Schnelle Refundierung des ausgezahlten Staatsbeitrages und Gewährung von Vorschüssen an die Gewerkschaften, damit die ihren finanziellen Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber entsprechen können.
2. Die Gewährung von Darlehen an die Arbeitslosenklassen jener Gewerkschaften, deren Mittel durch die große Zahl der Arbeitslosenfälle und der ausgezahlten Unterstützungen erschöpft sind.
3. Die Gewährung staatlicher Unterstützungen an jene Mitglieder, die mit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung ausgereizt sind und keinen Arbeitsplatz finden können.
4. Die gesetzliche Einführung einer Unterstützung für Kurzarbeiter, welche tageweise in der Woche mit der Arbeit aussetzen müssen, oder deren Aussetzen nicht länger als eine Woche dauert. Zu dieser Unterstützungseinrichtung sollen der Staat, die Unternehmer, die Bezirke und Gemeinden durch ein Gesetz verpflichtet werden, die Mittel bereitzustellen.
5. Sofortige Einführung der gesetzlichen Zwangsvermittlungsanstalten; gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, alle freien Arbeitsstellen bei den Arbeitsvermittlungsanstalten zu melden und alle benötigten Arbeitskräfte nur durch die Arbeitsvermittlungsanstalten zu beziehen. Entsprechende mindestens paritätische Mitverwaltung der Gewerkschaften an der Arbeitsvermittlung.

Es folgten hierauf Berichte über die Maßnahmen der Zentralgewerkschaftskommission in Sachen des Steuerabzuges zur Deckung der rückständigen Personaleinkommensteuer und Mittelnahmen über einige arbeiterrechtliche Angelegenheiten. Zu dem neuesten Versuch der kommunistischen Partei, durch die Veranstaltung einer

Reichskonferenz von Betriebsausschüssen und Betriebsräten, einberufen vom kommunistischen Reichsarbeiterausschuß, in die Reihen der freien Gewerkschaften Betwir-

rung zu tragen, beschloß die Vorstandskonferenz folgende

Weisung an die Verbände:

Unter der Parole, für die Durchsetzung von mehreren dringlichen Forderungen des arbeitenden Volkes eine einheitliche Kampffront zu schaffen, beruft der kommunistische Reichsarbeiterausschuß für Sonntag, den 18. April eine Reichskonferenz ein und fordert die Betriebsausschüsse auf, in Betriebsversammlungen die Wahl von Delegierten zu diesem Kongress zu veranlassen.

Die Vorstandskonferenz erklärt ausdrücklich, daß mit dieser Veranstaltung die Verbände des deutschen Gewerkschaftsbundes nichts zu tun haben und dagegen sind, daß sich Mitglieder unserer Verbände an dieser Reichskonferenz beteiligen. Unter Hinweis auf die früheren Beschlüsse gegen die Beteiligung an bolschewistischen Tagungen wird den Verbänden aufgetragen, gegen jene Mitglieder nach den Bestimmungen der Statuten vorzugehen, die sich dazu verhalten lassen, an solchen Kundgebungen teilzunehmen, deren Zweck nicht die Aufrechterhaltung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung ist, sondern die den Kommunisten lediglich dazu dienen, die Seite gegen die freien Gewerkschaften zu verschärfen. Die Folge derartiger Veranstaltungen ist eine weitere Schwächung der Kampfraft der Arbeiterklasse, an der sich kein gewerkschaftlicher Pflichtenbewußtes Mitglied unserer Verbände mitschuldig machen darf.

Der Vorsitzende Genosse Roscher konnte in seiner Schlussrede mit Recht die Reichhaltigkeit und sachliche Arbeit der Vorstandskonferenz hervorheben.

Tagesneuigkeiten. Kampf dem Militarismus!

Die sozialdemokratische Jungarbeiterchaft, deutsche wie tschechische, veranstaltet heute an vielen Orten der Republik Demonstrationen, die sich in erster Linie gegen den Militarismus richten. Gegen das militaristische System schlechtweg und im besonderen gegen den tschechoslowakischen Militarismus

Gemeinsamer Kampf gegen die Welt der Kasernen, der Schützengräben, der Erziehung zum Mord! Nichts vernünftiger als die junge sozialistische Arbeiterchaft mehr zu ehren, nichts entspricht mehr ihrer historischen Aufgabe als gerade dieser Kampf. Denn niemand ist mehr berufen, mehr verpflichtet, diesen Kampf zu führen als die proletarische Jugend. Sie ist es, für die der Militarismus persönliche Gegenwartsgefahr ist, die jungen Arbeiter sind es, vor denen das Gespenst des Einrückungstermins am schrecklichsten sich erhebt, sie sind es, die als erste gerufen werden, wenn's gegen den „Feind“ geht.

Genau regt sich hier und da auch in der nichtproletarischen Jugend Widerstand gegen den Militarismus. Aber jede Antimilitärbewegung der bürgerlichen Jugend verläuft im Sande, muß dort verlaufen, da die Bürgerjugend außerstande ist, bis zum Kern dieses Problems vorzudringen, weil sie sehr rasch mit dem Militarismus als einer der Hauptstützen des kapitalistischen Systems, dessen Lichtseite ja auch ihnen sehr bald winkt, sich auszuwählen beginnen und weil Vaters Geldbeutel und ein Dupend Privilegien ihnen auch das Kriegsspiel im Frieden erleichtert. Die proletarische Jugend ist als die Hauptträgerin der Opfer, die der Militarismus fordert, allein imstande, diesen Kampf mit aller Energie, ohne Unterlaß und ohne Abirren vom Wege zu führen. Sie allein erlangt frühzeitig Einblick in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, lernt über ihre Lage nachdenken, erkennt den Kapitalismus und begreift bald auch den Militarismus als eines der Hauptübel, das aus jenem erwächst und weiterhin als eines der Hauptmittel dient, jenen zu erhalten und zu schützen. Diese Erkenntnis läßt die Avantgarde des Jungproletariats, seinen fortgeschrittensten Teil, immer wieder aufstehen gegen den Militarismus, gibt ihm Kraft und Ansporn, die Massen der jugendlichen Arbeiter immer wieder und unablässig zu diesem Kampfe auf den Plan zu rufen, auf jenes Feld, auf dem sich oft und oft die jugendlichen Arbeiter zum erstenmal mit dem erwachsenen Proletariat vereinen, um dann Schulter an Schulter mit ihm auch weiter den Kampf um den Sozialismus zu führen, der den Militarismus wie alle Gewalt beseitigen wird.

Jeder junge Streiter, der heute gegen den Militarismus gewonnen wird, ist morgen vielleicht schon Mitstreiter der Arbeiterchaft in ihrem Gesamttriumph!

Ein mißglücktes Attentat auf Aniele.

Donnerstag kurz vor Mitternacht wurden in die Wohnung des sozialistischen Eisenbahnministers Aniele in Gent drei Schüsse abgegeben. Zum Glück war Aniele nicht zu Hause. Es wurden Möbel beschädigt. Der Täter wurde verhaftet. Es ist ein Vätermeister und die Polizei nimmt an, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben.

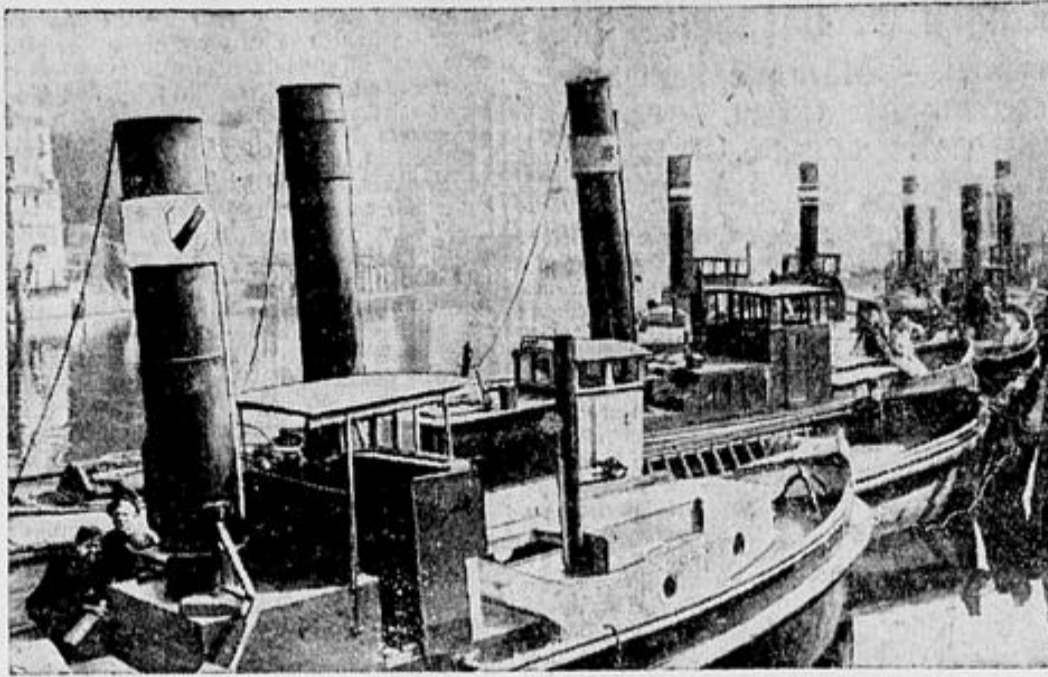
Es wird sich wohl bald herausstellen, wie weit da etwa Wahnsinn und Faschismus Hand in Hand gehen. Das dürfte doch jedenfalls kaum ein purer Zufall sein, daß ein paar Tage nach dem faschistischen Ueberfall auf Venedig wieder um einer der bedeutendsten Führer der belgischen Sozialdemokraten als Opfer eines Attentats auserscheiden war!

Die Heiratsannonce.

Hans Hansen aus Kopenhagen, ein vierzigjähriger Junggeselle, verspürte das dringende Bedürfnis, zu heiraten. Sein zwanzigjähriger Freund Jens Jensen war ebenso eifrig darauf erpicht, möglichst schnell recht viel Geld zu verdienen. Hans Hansen ließ eine Heiratsannonce in eine Zeitung einrücken und bekam einen ganzen Stoß Antworten von Schönen, die ebenso gern wie er heiraten wollten. Darauf wählte er aus den eingesandten Briefen und Photographien Fräulein Nielsen aus Helsingör und schrieb ihr einen liebevollenden Brief, in dem er sich nicht die geeignete Ausdrucksweise für diese galante Ausdrucksweise zutraute. Nach einigen Tagen antwortete Fräulein Nielsen ebenso liebevoll. Hans Hansen schwamm in eitler Wärme und Selbstliebe und ließ sofort durch Jens Jensen der holden Briefschreiberin mit dem nötigen Feuer Hans und Herz antworten. Gold erlösend nahm die Dame das Angebot an.

Nur einen Haken hatte die Sache. Fräulein Nielsen konnte nicht, wie gewünscht, nach Kopenhagen kommen; ihre Mutter lag im Sterben, das kostete viel Geld, und als treue Tochter könne sie doch die Mutter nicht verlassen... Hans Hansen verging vor Nüchternheit, schrieb sofort durch seinen Freund Jensen einen dicken Trostbrief und sandte einige hundert Kronen zur Pflege der künftigen Schwiegermama nach Helsingör. Die Mutter wurde auch glücklich wieder gesund; sie wollte dem künftigen Paar sogar ein Willensgrundstück kaufen, aber... Hans Hansen verstand und schickte 2000 Kronen Zuschuß. Dann beschloß er, das süße Bräutchen zu überraschen, begab sich, im Bräutigamsstaat, das liebebedürftige Herz von Erfüllunghoffnung geschwellt, heimlich nach Helsingör und — fand kein Fräulein Nielsen, wohl aber eine alte Frau Nielsen, die Tante von Jens Jensen. Die brave Frau war so indiscret, der Polizei zu verraten, daß Jens Jensen die Briefe für Fräulein Nielsen empfangen habe, und Jens Jensen mußte, als er verhaftet wurde, eingestehen, daß er nicht nur die Briefe an Fräulein Nielsen, sondern auch die Antworten auf diese Briefe verfaßt und das Geld schon zum größten Teile kaufmännisch verwendet hatte. Das Kopenhagener Landesgericht verstand aber keinen Spas und verurteilte Jens Jensen zu zwei Jahren Verbesserrnshaus. Aber Hans Hansen soll noch immer keine Frau haben...

250 Schiffe liegen still.



Infolge Unstimmigkeiten mit der Berliner Transportgenossenschaft haben die Mitglieder der Vereinigten Schleppdampfer-Genossenschaft beschlossen, die Arbeit einzustellen, wodurch 250 märkische Schleppdampfer stillgelegt werden.

stelltenvertreter in der Grazer Angestelltenkrankenkasse, Kaufmännischer Versorgungsverein, statt. Von freigewerkschaftlicher Seite waren vier Wahllisten aufgestellt, auf die folgende Stimmen entfielen: Zentralverein der Kaufmännischen Angestellten Österreichs 1669, Verein der Versicherungsangestellten Österreichs 204, Bund der Industrieangestellten 178, Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs 160. Insgesamt erhielten demnach die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten 221 Stimmen. Auf die Kandidatenliste der Christlichsozialen und Deutschnationalen entfielen trotz der beständigen Agitation insgesamt nur 1259 Stimmen. Das ist für die Deutschnationalen und Christlichsozialen eine arge Niederlage, denn sie hatten bisher in dieser Krankenkasse die Mehrheit. Von 60 Delegierten hatten bisher die Bürgerlichen 31, die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten nur 29 Delegierte. Nach der letzten Wahl entfielen auf die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten 38 Delegierte, während die Bürgerlichen nur 22 Delegierte erhielten. Die Bürgerlichen verlieren somit gegenüber ihrem bisherigen Besitztum neun Mandate, die zur Gänze an die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten entfallen.

Einer, der im Frauen-Nachtschlaf ein „billiges Vergnügen“ sucht. Auf der Lejwa in Warschau gibt es ein Asyl für obdachlose Frauen. Seine Gäste sind recht mannigfaltiger Art. Die große Not hat gar manches Mädchen auf die Straße getrieben und in kalten Nächten schlüpfen sie ins Asyl, wo sie einige Tage Unterschlupf finden. Frauen und Mädchen, die von auswärtig mit allerhand Hoffnungen nach Warschau kamen, und nun keine Unterkunft finden konnten, werden von der Polizei dem Asyl zugewiesen. Nun begehrte dieser Tage eine noch junge, stämmig aussehende Frau mitten in der Nacht Einlaß ins Asyl. Man glaubte ihr gerne, als sie versicherte, sie werde schon in den nächsten Tagen Arbeit als Dienstmädchen finden und so öffnete sich die Tür zu diesem Heim der Armen, die man nicht um Name und Herkunft fragt. Es ist zwar nicht allzuviel Platz vorhanden im Nachtschlaf, aber im Notfall schlüpfen eine Frau mehr in einem der gemeinschaftlichen Zimmer oder sie teilt mit einer Unglücksgefährtin das Bett. Nun aber fiel es den älteren Frauen auf, daß die Neuangekommene sich sehr rasch eine ganz ungewöhnlich innige Freundschaft mit den jüngeren erwarb und sie ärgerten sich darüber. Sie spitzten die Ohren und pažten auf. Und siehe da, schon nach einigen Tagen stellte es sich heraus, daß das neu angekommene derbe Mädchen vom Lande — ein junger Mann in Frauenkleidern war. Er wurde der Polizei übergeben, wo er zu seiner „Entschuldigung“ angab, daß er sich auch einmal ein billiges Vergnügen mit Frauen machen wollte.

Russische Korruptionsaffären. Aus Leningrad berichtet der Ost-Expres: Die Voruntersuchung gegen die Direktion des bekannten Maschinenbauwerks Krasny Putilowez ist beendet. Angeklagt werden 70 Personen, darunter der stellvertretende Vorsitzende des Leningrader Maschinenbauwerks Kurjento, der kaufmännische Direktor des Krasny Putilowez Rosowski und der Hauptbuchhalter Müller. Sie werden beschuldigt, Bestechungsgelder angenommen, sowie Belege und Abschlüsse gefälscht zu haben. Ferner wurde ihnen auch Veruntreuung von Fabriksvermögen und Wareneinkauf auf Grund gefälschter Schätzungen zur Last gelegt.

Die tägliche Kubrik. Die Staatsbahnverwaltung Prag-Süd teilt mit: Am 16. d. um 17 Uhr 45 Min. blieb der dritte Personenwagen des Zuges Nr. 3856 bei der Einfahrt in Celasowitz an einem mit Schotter beladenen, auf dem Mozhower Geleise stehenden Arbeitswagen, der über das Zeichen hinaus aufgestellt war, hängen. Der dritte und vierte Personenwagen stürzte um. Reklamationen wurden keine gemeldet. Der Verkehr erfolgte durch Umsteigen. Gegenwärtig ist die Strecke bereits frei und befahrbar. Die strengste Untersuchung bezüglich

des an dem Unfälle Schuldtragenden wurde eingeleitet.

An die Adresse des „Vorwärts“ richten sich folgende Ausführungen eines ostbairischen Genossen: In der Freitagausgabe des Reichenberger „Vorwärts“ vom 16. April schreibt ein angeklügelter „Genosse“ aus Jungbuch über den Uebertritt der sozialdemokratischen Lokalorganisation Oberjungbuch zur R. C. C., zieht den „Sozialdemokrat“ einer Falschmeldung und faselt von einer ehemals einheitlichen Lokalorganisation Jungbuch, „die sich dann aus verschiedenen Gründen in zwei Gruppen teilte“. Der Vorwärtsberichterstatter hat aber zu sagen vergessen, warum die Teilung vorgenommen werden mußte und das wollen wir der Ordnung halber nachtragen. Abgesehen davon, daß durch die Länge des Ortes (eine Wegstunde!) die Teilung der Organisation aus organisations-technischen Gründen für die Bewegung von Vorteil sein können, ist doch die Sache die, daß der Großteil der ehemaligen Genossen von Oberjungbuch (also die heutigen R. C. C.-Genossen) ewig herummaneuvierten und immer verlagert haben, sei es in Gemeinde-, Partei- oder Angelegenheiten der Kulturorganisationen. Das muß festgestellt werden und das kann auch ein „Vorwärts“ nicht aus der Welt schaffen. Wir können uns ganz gut erinnern, daß die Verbindung mit der Lokalorganisation Oberjungbuch, bzw. dem dortigen Ortsverband durch gegenseitige Delegierungen über Wunsch der Genossen von Oberjungbuch aufrecht erhalten werden sollte, die diversen Parteiarbeiten gemeinsam durchzuführen. Aber wer versagte, waren die heutigen Ueberrevoluzzer. Wir haben nicht vergessen, daß bei einem Arbeiterfest des sozialdemokratischen Ortsverbandes Niederjungbuch die Konzertkapelle die oberen Organisationsmitglieder abholte und daß hinter den 24 Musikern 8 Mann hoch amarschiert kamen. Die Arbeiterschaft von Niederjungbuch weiß genau, daß bei ihren Veranstaltungen die Massen von unten gestellt wurden, daß aber umgekehrt keinerlei Unterstützung zu sehen war. Auch in der Gemeinde sind Fälle ähnlicher Art zu verzeichnen und da sollten die Herrschaften doch lieber einmal an ihre Brust klopfen, denn bei einer Untersuchung dieses Gebietes läme wenig Erreutes für die Moskowiter heraus. Wie war es denn mit der Pflege des proletarischen Gefanges? Die Genossen von Niederjungbuch sind hinausgegangen und diejenigen, welche die Verlegung nach dem Gasthaus „Schützen“ wünschten, glänzten durch Abwesenheit. Einmal kam sogar die ergötliche Geschichte vor, daß bei einer Aufführung der Sängler von Oberjungbuch ihr Dirigent wegen „anderweitiger Verpflichtungen“ am Erscheinen verhindert war. Es ist schade um den Platz, all das anzuzählen, was ein Zusammenarbeiten der beiden Organisationen verhindert hat. Doch zur „Falschmeldung“: „Der Sozialdemokrat“ hat geschrieben, daß die sozialdemokratische Lokalorganisation Niederjungbuch noch kein Mitglied zur bolschewistischen Partei hat überlaufen lassen. Der „Vorwärts“ vom Freitag sagt großmütig: das stimmt nicht ganz, zwei Mann sind übergetreten. Na, also mein Kind, was willst du noch mehr! Vielleicht werden es 20 und noch mehr, aber die Arbeiterschaft wird so reif sein, dann darüber nachzudenken, ob man so die Einheitsfront herstellt und wird die Schädiger der geschlossenen Organisation zum Teufel jagen. Durch diese Demagogie wird der letzte Arbeiter zur Einsicht kommen, daß man durch Zerstückelung der geschlossenen Organisation keine Einheitsfront aufzurichten kann. Aber das Bestreben der Kommunisten läuft jedenfalls auf die Linie Sablonz hinaus, wo ihnen die Hakenkreuzer am nächsten standen. Nur so fort und das Grab, in das die eben aus der Taufe gehobene R. C. C.-Lokalorganisation Jungbuch baldigst hineinstiegen wird, wird schnell geschaufelt sein. Jedenfalls aber werden die starken Organisationen der Arbeiterbewegung von Niederjungbuch mehr Verantwortlichkeitsgefühl für den Aufstieg der Masse aufbringen, als die gewissenlosen Zerstückler einer stärksten Bewegung Ostböhmens. Jungbuch wird trotz allem das sozialdemokratische Ostakring Ostböhmen bleiben.

Großer Einbruchdiebstahl in eine Gemeindekapelle. In das Gemeindeamt von Trjbnitz bei Polnisch-Tschchen wurde ein bewegener Einbruch-

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen Montag:

Prag: 14 Prager Börse, 11.30 Landwirtschaftsfunf, 16.30 Nachmittagskonzert, 19 Deutsche Sendung, Dr. Arthur Heller: Rikotina gen. u. h., 20.02 Lustiger Abend, 22 Zeitsignal und Nachrichten. — Brunn: 19 Orchesterkonzert, 19.30, 19.45, 20.15, 20.30 Lieder. — London: 22 Letzte Musik, 23.30 Lieberwollus, „Dichterliebe“ von Schumann, 13.30, 17.45, 21.30 Konzerte. — Berlin: 15.55 „Meister der klassischen Malerei“ (Raffaell), 20.30 Balladen. — Stuttgart: 19.45 Singschnefenzkonzert, 21 „Pfälzischer Abend“. — Leipzig: 20.15 Singschnefenzkonzert. — Breslau: 19 „Gott Maria von Webers Werke“. — München: 19 Uebertragungskonzert. — Frankfurt: 19 Uebertragung aus dem Frankfurter Opernhaus „Eine Nacht in Venedig“, Operette von J. Strauß. — Wien: 20.15 Mendelssohn-Abend, 21.20 Geschichten und Schnurren. — Zürich: 14 Bilder aus den Werken von Gottfried Keller und C. F. Meyer.

Programm für Dienstag:

Prag: 11.30 Landwirtschaftsfunf, 14 Börsen- nachrichten, 16.30 Nachmittagskonzert, 18 Deutsche Sendung, Jng. Biskan jun.: Drahtlose Bildtelegraphie, 19.30 Konzert, 20.30 Orchesterkonzert, 21.30 Ballettmusik, 22 Zeitsignal und Nachrichten. — Brunn: 14.30 Nachrichten, 19 Konzert des Rührischen Quartetts, 15.15 Celasowitz: Echo russischer Lieder, 20.30 Duette aus Dookals Opern. — London: 20.25 Mendelssohn Klavierkompositionen. — Paris: 13.30, 17.45, 21.45 Konzerte. — Berlin: 16 Konzerte, 19.30 Uebertragung aus der Staatsoper am Königsplatz „Die Zauberflöte“. — Stuttgart: 20 „Der Schauspieldirektor“ von Mozart. — Leipzig: 16 Nachmittagskonzert. — München: 19 Lieder von Johannes Brahms, 20.15 Wagner-Abend. — Breslau: 16.30 Liederstunde. — Frankfurt: 16.30 Konzert des Hausorchesters, 20.15 Albert Lortzing: Lieder und Duette. — Wien: 16.15 Nachmittagskonzert, 20.15 Ein Jahrhundert heitere Wiener Musik. — Zürich: 20.15 Rätomanischer und italienischer Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

diebstahl verübt. Bei Nacht drangen in die Räumlichkeiten bisher unbekannt Täter ein, bohrten dort die feuerfeste Kasse an, brachen sie auf und raubten daraus 37.000 Kronen Bargeld. Was den Einbruch weit über die Maßen reich macht, ist der Umstand, daß sich die Täter gar nicht scheuten, ihr Werk ruhig zu vollenden, obgleich sie wußten, daß sich im ersten Stock die Polizeiwachstube befindet. Nach der Tat sind die Täter spurlos verschwunden. Der Diebstahl wurde zu einer Zeit ausgeführt, während welcher sich die Polizisten draußen am Rundgange befanden und die Polizeiwachstube leer war. Die Täter waren also mit den Verhältnissen gut betraut.

Künstlerische Auseinandersetzung. Ein ungewöhnlicher Vorfall hat sich kürzlich in der Berliner Galerie Fiedheim abgespielt. Der Kunsthistoriker Einstein war dort gerade mit der Katalogisierung einer Südseeausstellung beschäftigt, als der Bildhauer Ernesto de Fiori eintrat und den dort arbeitenden Kunstgelehrten mehrmals mit einem dicken Buche über den Kopf schlug. Einstein hatte in dem neuesten Bande der Propyläen-Kunstgeschichte über Fiori eine durchaus sachliche und objektive Kritik geschrieben. Diese nun gab dem Künstler die seltsame Veranlassung, über den Kunsthistoriker herzufallen. Der Angriff geschah vor Zeugen. Der Vorfall dürfte jedenfalls ein Nachspiel haben.

Freiwillig in den Tod gegangen. Freitag, den 16. April 1926, in den ersten Vormittagsstunden, hat der Lagerhalter Franz Mann im Konsumvereine „Solidarität“ in Saaz, freiwillig Hand an sich gelegt und seinem Leben ein Ende bereitet. Da über die Ursache die verschiedensten Gerüchte ausgestreut werden, und wir keine Ursache haben, die Sache irgendwie zu verschleiern, wollen wir hier den Sachverhalt klarstellen: Mann ist schon seit dem Jahre 1910 in unserer Genossenschaft teils als Verkäufer, teils als Lagerhalter in Stellung. In der letzten Zeit wurde Mann, hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung und seiner sonstigen Geschäftsgebarung des öfteren bemängelt, deshalb vom Vorstand zum wiederholten Male auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht, und ihm unter persönlicher Verantwortung nahegelegt, daß er an Mitgliedern Waren nur gegen Barzahlung auszulassen habe. Da diese Ermahnungen fruchtlos blieben, wurde er vor die gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrates vorgeladen und auf all die Mängel, welche sich in seiner Verkaufsstelle eingeschlichen haben, neuerdings aufmerksam gemacht und aufgefordert, dieselben in kürzester Zeit zu beseitigen. Trotz dieser Aufforderung sind aber die Uebelstände immer größer geworden und die Vereinsleitung hatte eine Inventur für Donnerstag angeordnet, da ihr das buchmäßige Lager bei provisorischer Ueberführung zu hoch erschien. Nach der Inventur stellte sich tatsächlich heraus, daß die Vorräte viel geringer waren, als sie buchmäßig geführt wurden. Der Lagerhalter legte dann eine Außenstandsliste vor, welche einen ziemlich hohen Betrag ausweist. Nebenbei war noch ein beträchtliches Uebermanko vorhanden. Die genauen Erhebungen über diese Außenstände müssen sofort durchgeführt werden, um über die ganze Geschäftsgebarung einen richtigen Ueberblick zu bekommen. Zum Schluß wußten wir noch mitteilen, daß diese erheblichen Außenstände erst seit der letzten Inventur (22. Oktober 1925) hinausgebort wurden.

Böhmische Mages. Die „Deutsche Wehr“, das Exter Organ der Altschlesischen, ist wieder einmal einem „Ritualverbrechen“ auf die Spur gekommen, dessen Schauplatz diesmal nach Polnisch-Tschchen verlegt wird. „Seit Jahrhunderten wird immer wieder einmal“, so erzählt das Blatt, das gegen ein kleines Bognrdmchen sicherlich nichts einzuwenden hätte, „von Ritualmorden oder Blutabzapfungen an Arieren durch Juden berichtet“. Man darf sich durch das miserable Deutsch, das ja ein Vorrecht aller wachenden Teutonen ist, nicht beirren lassen, denn es geht doch um die Suche! Also in Polnisch-Tschchen hat ein Sautjud eben jetzt den Beweis erbracht, daß das Ritualmorden, dessen Väterlichkeit seit Jahrzehnten von allen Vernünftigen als solches erkannt ist, doch kein Märchen ist: der Jud hat nämlich vor Ostern sein christliches Dienstmädchen bewußtlos gemacht und ihm dann Blut abgezapft, das (natürlich) „rituelle Verwendung bei den bevorstehenden jüdischen Ostern finden sollte.“ Zum Glück kam die Polizei noch rechtzeitig dahinter, so daß das Christenblut, wenn auch schon abgezapft, so doch nicht mehr für die jüdischen Osterbrote verwendet werden konnte. Unter den Tschchen Juden aber herrscht große Aufregung darüber, daß die Sache verpat wurde“ und der Ritualverbrecher wird wahrscheinlich nach Gratalau überstellt müssen, um der Mache der gemordeten Christenheit zu entsgehen. All dies berichtet die „Deutsche Wehr“ mit dem größten Ernst und fordert zum Schluß die Ueberlebenden ziemlich offen auf, blutige Rache zu üben. — Man sollte es doch nicht für möglich halten, daß ein Blatt, das in Gaer, also gewissermaßen im Herzen Europas, erscheint, folderlei seiner Leserschaft vorsehen darf. Allerdings — es ist für „Altschlesische“ geschrieben, an denen sich aber sicherlich noch kein Jud mit einem „Ritualanschlag“ heranzuwagen hat, da, wie man uns erzählte, bei der Verurteilung des Arierfleisches, besonderer Wert auf das Gehirn gelegt wird, das eben bei Altschlesischen gewöhnlich vollkommen verkümmert ist, während die Juden wieder auf starken Alkoholgehalt bei ihren Mages gar kein Gewicht legen.

Wie tschechische Minderheitsschulen geschlossen werden, dafür bietet der Fall von Jauer in Schlesien, der jetzt durch die Presse geht, wieder ein anschauliches Beispiel. Die Jauer-niger Tschchen, die etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung dieser rein deutschen Gemeinde bilden, haben für ihre zwei Kinder im März eine Schule gegründet, wogegen ja nichts einzuwenden wäre, wenn man nicht anderwärts lebensfähige deutsche Schulen sperrte und wenn die Jauer-niger Tschchen nicht nach berühmtem Beispiel mit Gewalt Profekhten machten. Es wird berichtet, daß in Jauernig ein Gendarmerie in voller Rüstung in die Häuser der Deutschen ging, um sie zu „bewegen“, ihre Kinder in die tschechische Schule zu schicken. Diese Anwerbung wurde durch alle möglichen Versprechungen und Vorpiegelungen unterstützt und schließlich wurde auch wirklich gemeldet, daß schon 20 Kinder für die Minderheitsschule sich gefunden hätten, obwohl weder ein deutscher Vater noch eine deutsche Mutter ihre Unterschrift auf den Bogen gesetzt hatten!

Sieg der sozialdemokratischen Angestellten in Graz. Donnerstag fand die Neuwahl der Ange-

Die Krise im englischen Kohlenbergbau.

Die Weltkohlenkrise. — Die Ursachen der englischen Kohlenkrise. — Der Bericht der englischen Kohlenkommission. — Die Lohnfrage. — Kapitalismus oder Sozialismus?

Wie wir bereits gestern mitteilten, haben die eben beendeten Beratungen der Bergarbeiterinternationale zu dem bedeutsamen Entschlusse geführt, in der Solidarität mit den englischen Bergarbeitern, deren Lebensstandard von den Unternehmern bedroht wird, gegebenenfalls bis zum äußersten zu gehen und auch vor einem internationalen Streik aller Bergarbeiter nicht zurückzuschrecken. Diese schwerwiegenden Beschlüsse werden sicher geeignet sein, den Forderungen der englischen Bergarbeiter entsprechenden Nachdruck zu verleihen und eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erleichtern; im gegenteiligen Falle müßte ein Kampf entbrennen, der Englands wirtschaftliches Leben in Kürze völlig zum Stillstand bringen würde.

Die Krise im englischen Kohlenbergbau ist eine Begleiterscheinung der Weltkohlenkrise überhaupt. In der ganzen Welt ist die Förderung der Kohle geringer als in der Vorkriegszeit. 1913 wurden in allen Ländern 217 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, 1924 aber nur 1167 Millionen. Die Ursachen dieses Rückganges in der Förderung sind mannigfaltig. Durch Verbesserungen der Heiz- und Wärmetechnik wird viel Kohle erspart. In Deutschland sind in einer Reihe von Unternehmungen in den letzten Jahren neue kohlensparende Konstruktionen eingeführt worden. Ebenso werden durch die Einführung der Kohlenstaubfeuerung und die Verwertung der Abwärme weniger Kohlen verbraucht. In einem deutschen Kraftwerk konnten allein bei einem Kessel 45—50 Tonnen Kohle monatlich erspart werden. Durch Speicherung des Dampfes wird nach Ansicht der Wärmeingenieure allgemein eine Brennstoffersparnis von 15 Prozent erzielt. Ähnliche Bestrebungen sind in Amerika im Gange. Durch rationelle Verwertung der Wärme wird bei den amerikanischen Eisenbahnen eine Kohlenersparnis von 8 Prozent erzielt. Allein in der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie wird durch Verwendung der Koksöfen etwa 15 Millionen Tonnen Kohle erspart. Für ganz Amerika schätzt man die Kohlenersparnis auf zehn Prozent, das sind über 40 Millionen Tonnen Kohle. Eine zweite Ursache des Rückganges des Kohlenverbrauches ist die Verdrängung der Kohlenfeuerung durch die Verwendung des Erdöls insbesondere bei der Schifffahrt. Der Weltverbrauch von Erdöl ist von 1913 bis 1924 von 75 Millionen Tonnen auf 200 Millionen Tonnen das ist also auf das dreifache gestiegen. Während von allen Seemitteln in der Weltwirtschaft 1913 auf das Erdöl sechs Prozent entfielen, ist dieser im Jahre 1924 auf 14 Prozent gestiegen. Während die englische Flotte vor Uebergang zur Dampfkraft 1.75 Millionen Tonnen Kohle verbraucht hat, braucht sie gegenwärtig 0.3 Millionen Tonnen. Von 1913 bis 1925 stieg die Tonnage der bei Lloyd registrierten, mit Erdöl geheizten Schiffe von einhalb auf 20 1/2 Millionen. Aber nicht nur durch das Erdöl, auch durch Holz wurde die Kohle in gewissen rückständigen Ländern, die durch Krieg und Nachkriegsereignisse gelitten haben, verdrängt. In großem Maße ist dies in Rußland der Fall gewesen. Schließlich ist auch der Minderverbrauch der Kohle zurückzuführen auf den Sieg der Elektrizität. In den letzten Jahren sind in Bayern, Österreich, Italien, Frankreich, Schweiz, in den nordischen Ländern und in Japan große Elektrizitätswerke geschaffen worden, die den Zweck haben, die Dampfkraft durch Elektrizität zu verdrängen und augenblicklich geht das größte Industrieland, Amerika, daran, die großen Flüsse und Wasserfälle der Union zur Erzeugung elektrischer Kraft auszunutzen.

Unter dieser weltwirtschaftlichen und technischen Entwicklung hat besonders England ge-

litten. Während im Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913 die Kohlenproduktion Englands 269.5 Millionen Tonnen betrug, ist sie 1925 auf 244.42 Millionen Tonnen gesunken. Zu den Ursachen, welche den Rückgang des Kohlenverbrauches in der ganzen Welt bedingt haben, kommt in England in besonderer Weise hinzu, daß die englische Kohle in steigendem Maße mit der Konkurrenz jener Länder zu rechnen hat, deren Kohlenproduktion in der letzten Zeit gestiegen ist, wie Belgien, Frankreich, Holland und Spanien. Die Hauptursache der spezifisch englischen Kohlenkrise ist jedoch die völlig veraltete Organisation der Kohlenwirtschaft, die alten technischen Methoden, die auf kleinen, unrentablen Gruben geübt werden und der die Kohle verteuende Zwischenhandel. (In England gibt es 27.000 Kohlenhändler) sowie die technisch mangelhafte Verwertung der Kohle. Eine unzählige Menge flüssiger Nebenprodukte, die aus der Kohle vor ihrer Verbrennung erzeugt werden, jagt man in England durch die Schornsteine der Hochöfen und Fabriken in die Luft.

Die englischen Bergbauunternehmer kennen, um aus dieser Krise der Kohlenwirtschaft herauszukommen, nur ein Mittel, die Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter und die Verlängerung der Arbeitszeit. Schon im vorigen Sommer drohte ein Kohlenstreik Englands Wirtschaft zu erschüttern. Damals fand sich die Regierung bereit, einzugreifen, und ermöglichte es durch Subventionen der Kohlengruben, daß der Betrieb in der alten Weise weitergeführt, die alten Löhne gezahlt werden. Diese Subventionen wurden für neun Monate bewilligt, am 1. Mai tritt der Zeitpunkt ein, wo keine Subventionen mehr gezahlt werden.

Die englische Regierung hat schon vor Monaten zur Lösung der Kohlenkrise eine Kohlenkommission eingesetzt, die nun die Ergebnisse ihrer Untersuchung der Öffentlichkeit vorlegt. Das Gutachten dieser Kommission ist wesentlich anders, als das der Kohlenkommission von 1920. Auch diejenigen Volkswirte Englands, die nicht auf Seiten der Arbeiterklasse stehen, beginnen einzusehen, daß nur durch eine planmäßige Organisierung des englischen Kohlenbergbaues die Krise zu beseitigen ist. Klapp und klar erklärt der Bericht der Kohlenkommission, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne keine Abhilfe schaffen können. Die englische Kohlenwirtschaft kann nur durch die Konzentration der zerstückelten Gruben auf gesunde Grundlagen gestellt werden. Außerdem muß zwischen Kohlengewinnung und Kohlenverwertung (Gas- und Elektrizitätserzeugung) die enge Verbindung hergestellt werden. Auch da wird also ein Gedanke, welchen die Bergarbeiter in die Diskussion geworfen haben, von der gesamten englischen Öffentlichkeit aufgenommen. Was die Löhne der Bergarbeiter anbetrifft, sollen nach dem Berichte der Kohlenkommission die Mindestlöhne für das ganze Reich einheitlich aufrecht erhalten bleiben, dagegen sollen die Zuschläge distriktmäßig geregelt werden. Die Bergarbeiter jedoch stellen sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Lohnkürzung, sie empfehlen die Zusammenlegung der Gruben, so daß die Verluste der unrentablen, kleinen, rückständigen Gruben gedeckt werden sollen durch die Gewinne der rentablen, technisch ausgestatteten Gruben. Dadurch könnte der Ausgleich der Löhne herbeigeführt werden. Die planmäßige Verwertung des englischen Kohlenbergbaues allein kann also den englischen Kohlenbergbau vor dem drohenden Untergang, die englischen Bergarbeiter vor einer Herabsetzung ihrer Lebenshaltung schützen.

Es gibt nur zwei Methoden, die Kohlenwirtschaft in England sowohl, wie auf der ganzen Welt, zu sanieren. Die frühere kapitalistische Methode der Privatverwirtschaftung des Kohlen-

bergbaues ist unmöglich geworden, der Kapitalismus kann die Kohlenkrise nur lösen durch einen internationalen Kohlenstreik. Das würde aber die Ausbeutung der gesamten Industrie, ja der gesamten Menschheit auf der ganzen Welt durch die Besitzer der Kohlengruben bedeuten. Im Interesse der Bergarbeiter wie der gesamten Menschheit liegt daher die sozialistische Methode der Lösung der Kohlenkrise: die Bergesellschaftung des Kohlenbergbaues, die Rückgabe der Kohlenschätze der Erde an die Gesamtheit, die planmäßige Verwertungsart der Kohlenverwertung und ihre technische Vervollkommnung.

Es gibt viele Reumutweiser, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre sich zu der Behauptung berechtigt glauben, daß der Sozialismus verfaßt habe. Aber gerade auf dem Gebiete der Weltwirtschaft, welches die Grundlage ist der Industrie aller Länder, nämlich auf dem Gebiete der Kohlenproduktion, sieht man das Gegenteil: die kapitalistischen Methoden erweisen sich als immer weniger geeignet, die Wirtschaft einer höheren Ergiebigkeit entgegenzuführen, der Kapitalismus verfaßt immer mehr, der Sozialismus wird immer augenfälliger die einzige Rettung der Menschheit.

Literatur.

Giovanoli, Dr. F., Die Waisereibewegung. Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen (Sozialwissenschaftliche Abhandlungen I) 8° XII und 140 Seiten, brosch. M. 4.50, Karlsruhe 1925. Verlag G. Braun. Inhalt: Einleitung — Ursprung der Waiserei und ihre Vorgeschichte — Die weitere Auswirkung der Waiserei in der Arbeiterbewegung — Zur Analyse des Waisereigedankens. — Die Waiserei spielt in der Arbeiterbewegung eine erstaunliche Rolle. Diese Erscheinung in Entstehung und Auswirkung zu untersuchen, übernimmt Giovanoli erstmals umfassend auf streng wissenschaftlicher Grundlage. Nicht nur Soziologen und Sozialpädagogen haben für dieses Buch Interesse, sondern es ist durch leichtfassliche Darstellung für jeden sozialdenkenden Menschen von Bedeutung.

Volkswirtschaft.

Die Lohnverhandlungen in der Ost- und mittelböhmischen Textilindustrie.

Am Donnerstag wurden die im Feber unterbrochenen Verhandlungen über den Kollektivvertrag fortgesetzt. Seit jener Zeit hat sich die Krise in der Textilindustrie bedeutend verschärft, viele Betriebe arbeiten verkürzt, einzelne sind gänzlich zum Stillstand gekommen. Obwohl die Vertreter der Arbeiterschaft die Situation nicht verkennen, können sie es doch nicht begreifen, daß die Arbeiter dieses Vertragsgebietes unter schlechteren Bedingungen arbeiten sollen als in den anderen Gebieten. Die im Feber gemachten Zugeständnisse der Unternehmer waren so gering, daß es den Unterhändlern der Arbeiterschaft unmöglich war, zuzustimmen. Die Verschärfung der Krise ausnützend, zogen die Unternehmer sogar auch diese geringen Zugeständnisse zurück, indem sie eingangs der Verhandlungen erklärten, heute infolge der verschiedenen Umstände nicht mehr in der Lage zu sein, diese Zugeständnisse aufrecht zu erhalten. Als Begründung führte Sekretär Danella die Verklärung der Arbeitszeit, die hohen Steuern, die Zollerhöhung Rumaniens, die schwere Einbringung von Forderungen aus diesem Lande, die niedrigen Löhne in Italien, die hohen Bankzinsen usw. an. Obwohl alle diese Argumente von den Arbeitervertretern zum Teil widerlegt, zum Teil abgeschwächt wurden, blieben die Unternehmer auf dem Standpunkte stehen, die Lasten einer wenn auch geringen Teuerungszulage nicht ertragen zu können. Die Arbeitervertreter zeigten weitestgehendes Entgegenkommen, indem sie von ihren ursprünglichen Forderungen zurücktraten, ohne jedoch bei den Unternehmern Verständnis zu finden.

Festzuhalten muß werden, daß die Kommunisten noch vor Abschluß der Verhandlungen im „Rude Pravo“ sich in eine wüste Beschimpfung der koalitierten Gewerkschaften ergingen, trotzdem sie wissen sollten,

daß gerade im letzten Stadium der Verhandlungen volle Einmütigkeit des Textilproletariates dringend notwendig wäre. Wieder ein Beweis, daß das Gefasel der Kommunisten von der Einheitsfront purer Schwundel ist. Die koalitierten Organisationen veröffentlichten als Antwort auf die Schmähungen eine Erklärung in der sozialistischen Presse, welche von allen bei den Verhandlungen anwesenden Betriebsvertrauensmännern unterzeichnet wurde und in welcher sie die Gründe ausführten, warum es abgelehnt werden muß, mit den Kommunisten gemeinschaftliche Beratungen zu pflegen.

Sonntag forderten die Vertreter der Arbeiterschaft kategorisch eine endgültige Verkaufsausgabe der außersten Zugeständnisse der Unternehmer, damit es ihnen möglich sei, dazu ebenfalls endgültige Stellung zu nehmen. Da auch das darauffolgende Angebot der Unternehmer keineswegs den Wünschen der Arbeiter entsprach, stellten diese die ultimative Forderung, die Teuerungszulage in derselben Höhe auszusahlen, wie sie im vergangenen Jahre bewilligt wurde. Als Antwort wurde den Arbeitervertretern ein Angebot vorgelegt, welches eine Teuerungszulage in nicht ganz derselben Höhe der vorjährigen Zulage beinhaltet. Dieses Zugeständnis wird nun sowohl der Plenarversammlung der Unternehmer als auch der Konferenz der Vertrauensleute zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Es wird Aufgabe der Vertrauensleute sein, unter Würdigung der gegenwärtigen Situation das Angebot einer ernsten Prüfung zu unterziehen und danach eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Es muß gesagt werden, daß in der Textilindustrie noch nie unter so schwierigen Verhältnissen um eine Verbesserung der Löhne gekämpft wurde wie in diesen Tagen. Hoffen wir, daß es dem Textilproletariat vergönnt sein möge, die nächsten Lohnverhandlungen unter günstigeren Voraussetzungen zu führen, als das diesmal der Fall war. Notwendig wird es sein, daß sich die Textilarbeiter für jene Zeit vorbereiten, durch den Ausbau ihrer Gewerkschaft, durch Stärkung der Kampffront.

Das Sanierungsprogramm der polnischen Sozialisten.

Dieser Tage beriet die sozialdemokratische Fraktion des polnischen Sejm über die Finanzlage des Landes. Der Abgeordnete Morawski legte im Namen einer Sonderkommission ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm vor. Der Plan verlangt Vergrößerung des Goldumsatzes und legt sich für einen Plan ein, der auf der Verpfändung der im Lande befindlichen Goldvorräte und Edelmetalle beruht. Das Programm sieht vor, daß die in Privatbesitz befindlichen Gegenstände aus Gold und Silber an die Bank Polki abgeliefert werden sollen. Die Bank Polki würde damit in die Lage versetzt werden, auf Grund der neuen Gold- und Silberdeckung neue Banknoten auszugeben. Die in Polen in Form von Gold- und Silbergerät brachliegenden Kapitalwerte schätzt man auf 700 Millionen Goldzloty.

Proteststreik französischer Postbeamten. Die wachsende Unzufriedenheit der Angestellten und Beamten der französischen Post- und Telegraphenverwaltung über die Langsamkeit, mit der die Regierung die Regelung der Gehaltsfrage betreibt, ist am Mittwoch früh um 7 Uhr in einem einstündigen Teilstreik der Druckmaschinenarbeiter der Pariser Hauptpost zum Ausdruck gekommen. Die Protestkundgebung ist von der kommunistischen Gewerkschaft ausgegangen, doch droht die Bewegung sich auf das gesamte Personal auszudehnen. In Anbetracht der äußerst ernsten Lage empfing der französische Ministerpräsident am Mittwoch nachmittag den Generalsekretär der französischen Post- und Telegraphengewerkschaft, weiters den Genossen Leon Blum und den Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes Jouhaux. Die französische Post- und Telegraphengewerkschaft hat inzwischen die Einberufung eines außerordentlichen Nationalrates zur Entscheidung über die Durchsetzung ihrer Forderungen beschlossen.

Prager Filmbörse.

Der „Ocean“ brachte den französischen Großfilm „Heimliche Ehe“ (Das Abenteuer einer Mainacht) nach dem Roman „Le Bossu“ von Paul Ivoi zur Vorführung. Die recht verschlungene und weitläufige Handlung beginnt im Jahre 1699 und setzt sich dann achtzehn Jahre später fort. In der bekannten Art der französischen Romanschriftsteller behandelt er eine Döselgeschichte, in der eine selbsthätige Prachtentfaltung, Mänke, Schustereien, Delenaten und ein entführtes Frauenzimmer vorkommen. Erst in der zweiten Hälfte der eifaltigen Handlung kommt in die Geschichte ein flotteres Tempo, das den Zuschauer mit spannenden und gewöhnlich originellen Geschehnissen in Atem hält. Schauspielerei wäre nur Gaston Jaquet hervorzuheben, der in einer Doppelrolle auftritt: einmal in der Hauptgestalt als Ritter Lagardere und dann als ein buffisches, verkrüppeltes Mädchen, das diese Maske benützt, um der gerechten Sache zum Siege verhelfen zu können.

Der Chicago-Film brachte ein Nordist-Stück mit dem Titel „Das Liebesnest“, eine an spruchlose, aber recht kluge Geißelung der modernen Jugend, die nur hohe Gesellschaftspuppen stellt. Das Liebesnest ist eine einsame Alm irgendwo hoch in den Bergen, bewohnt von einer reifen Witwe, ihrem Sohn und der Tochter, wohnen ein Papa seine ihm über den Kopf gewachsenen Sprößlinge

ebenfalls einen Sohn und eine Tochter — bringt, damit ihnen dort der Kopf zurecht gesetzt werde. Aus den verweichlichten Stadtbewohnern werden im Laufe der Zeit wirklich arbeitame und nützliche Leute, die sich natürlich zuerst in ihre Kompagnen verlieben. Die Geschichte ist völlig ungenügend und hat ein recht stotteres Tempo, das in launigen Bildern dem selbstverständlichen Ende zustrebt. — Wider Erwarten ist der neue tschechische Film „Das Geschehen der Hochzeiten“ (Erzeugnis Karla Apelina und Oldrich Aminel) eine ganz annehmbar Sache. Der an und für sich recht filmwirksame Vorwurf (nach einem Roman von K. Radek) hätte allerdings zu einem Film verarbeitet werden können, der auch im Ausland Aufsehen hätte machen können. Angenehm berührt schon die Loslösung von dem enghemgrenzten Lokalpatriotismus, dem man bisher fast durchwegs gehuldigt hat. Ein Arzt wird in seiner Hochzeitsnacht zu einem kranken Weib gerufen, aber er gibt den Vordungen seiner Frau nach und bleibt zu Hause. Als er dann am nächsten Tage zu der Kranken eilt, ist diese indessen gestorben, nachdem sie einem Mädchen das Leben geschenkt hat. Der Arzt hält es für seine moralische Pflicht, für das Kind zu sorgen. Seine Frau bringt dafür gar kein Verständnis auf und wird ihrem Mann entfremdet. Sie läßt sich in ein Verhältnis mit einem Offizier ein, es kommt zwischen den Gatten zum Bruch. Doch findet sie wieder den Weg nach Hause, als ihr der Offizier nach einiger Zeit die Tür weist. Lobend hervorzu-

heben ist die Gestalt des Arztes, dargestellt von F. W. Speerger, der damit keine bisher beste Rolle geschaffen hat, was um so bemerkenswerter ist, als er bisher nur für Intrigantenrollen in Betracht kam. Die weibliche Hauptgestalt, dargestellt von Derna Hydychová, ist kurz gesagt vollkommen unmöglich, von einem „Spiel“ ist schlechweg gar nicht zu reden. Die Regie (Oldrich Aminel) betont völlig unnütz Kleinigkeiten und wiederholt, was den Fluß der Handlung verzögert.

Die Nordist hat im vorigen Jahr zur Feier ihres zwanzigjährigen Bestandes den seinerzeit so berühmten Film „Die Lieblingsfrau des Maharadscha“ noch einmal und zwar diesmal mit allen Errungenschaften der modernen Filmtechnik verfilmt. Das Stück ist, wie es so anders kaum zu erwarten war, ein Zugstück ganz hervorragender Güte und Anziehungskraft geworden, ein Spielfilm, wie man sich keinen besseren vorstellen kann. Die Fabel kann als bekannt vorausgesetzt werden, nur ist sie natürlich dem heutigen Geschmack angepaßt und modernisiert worden. Die an und für sich sehr nette, wenn auch stellenweise süßliche Handlung ist in einen derart verschwendischen, farbenfanten Ausstattungsrahmen eingeseigt, wie man ihn in solcher wirklich fabelhaften Güte und Schönheit selten zu sehen bekommt und man kann dem Film seiner Naturaufnahmen wegen ruhig als eine Spitzenleistung der Filmindustrie überhaupt ansprechen. In den Hauptrollen der allerdinge etwas zu alte Gunnar Tolnaes und

die wunderschöne Karina Bell, über die weiterhin kein Wort zu verlieren ist. Dieses erstere Bildwerk erweist im Bereich der Tricolor, die noch den französischen Sportfilm „Das Autolichen“ zur Vorführung brachte, eine der üblichen Liebesgeschichten, bei denen die Beiden einander schließlich und endlich doch bekommen, es ist recht nett, aber zu breit auf die Leinwand gebracht.

Der Lloyd-Film brachte den französischen Großfilm „Der große Korsikaner“ (Destinée). Das Stück behandelt eine recht romanhaft angelegte Geschichte von Liebe und Haß, Verrat und Treue und spielt in den Jahren 1795 und 1796 in Paris und in Italien, wo der zum Oberbefehlshaber der französischen Truppen ernannte General Napoleon Bonaparte die Österreicher bei Lodi besiegt hat. Der Film ist inhaltlich und in Hinsicht seiner farbenfanten, wirklich großzügigen Ausstattung und des flotten Tempos bloß auf Publikumswirkung abgestimmt, wozu besonders der hochdramatische Schluß viel beitragen dürfte, abgesehen davon, daß ja geschichtliche Kriegsfilme immer einen gewissen Reiz ausüben und eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft besitzen. Von einer militaristischen Tendenz kann zwar nicht gesprochen werden, aber trotzdem bedeutet der Film natürlich vollkommen unbewußt ein Hohelied auf die überrogende Gestalt des späteren Soldatenkaisers, von dessen gut erfahrene Person eine geradezu bannende Wirkung ausgeht.

DER MODERNE GEG-SUPPENWÜRZEBETRIEB WURDE ERÖFFNET!

GEG-SUPPENWÜRZEBETRIEB

ist in allen Konsumvereinen erhältlich!!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Trauer-Abteilung
Busch
Damen- und Backfisch
Konfektion

Prag
Prilopy 27 (Mitte des Grabens)
Grosser Bazar
Nur 1. Stock, Keiner Schaufenster
Telefon 4649

male vereint mit einem harmonischen Zusammenwirken aller; mit Recht betonte die Leiterin, daß hier die Wurzel neuer dramatischer Kunst liege.

Im Schlußteil des reichen Programmes erst wurden wirkliche Tänze gebracht, symphonische Dichtungen der Mädchenkörper, die angeregt, nicht beherrscht, durch die Musik oder auch nur durch den Rhythmus nicht nur optisch hervorragend schöne Bilder schufen, sondern auch jene Wirkungen auslösten, die wirklich erlebte Kunst dem Zuschauer vermittelt. Von dieser Art Körperkunst geht unmittelbar jener revolutionäre moderne Tanz aus, der in der Schule Mary Wigmans seine vorläufige Vollendung erreicht hat.

Aber nicht nur als Kunstrevolutionäre Richtung ist die Schule Hellerer zu werten, sie weist auch die neuen Wege der Erziehung der Jugend. Was Wedekind in der herrlichen Novelle „Mine-Haha“ erträumt und geahnt hat, beginnt, innig verbunden mit der revolutionären Jugendbewegung, in der Schule der Hellerer Wirklichkeit zu werden.

Dr. Emil Franzel.

Madagnis „Cavalleria rusticana“, das noch immer in unverworfener melodischer und harmonischer Schönheit wirkende veristische Muster- und Meisterwerk, gab am Freitag im Neuen deutschen Theater einer neuen Sopranistin Gelegenheit, als Santuzza eine Probe ihres gefanglichen und dramatischen Könnens abzugeben. Da die Sängerin ohne vorheriges Gastspiel unserem Opernensemble für die nächste Spielzeit verpflichtet wurde, erübrigt es sich, das für und wider ihres Engagements zu erörtern und ist lediglich ihre absolute künstlerische Leistung zu kritisieren. Frä. Stella Toros, so heißt die junge Sängerin, ist ein ganz hervorragendes Bühnentalent. Denn sie verfügt nicht nur über eine unverbrauchte, prächtige Sopranstimme, sondern ist auch schauspielerisch eine Persönlichkeit, die zu fesseln und zu überzeugen weiß. Was sein, daß sich die Künstlerin bei diesem Erstauftreten gefanglich und darstellerisch zu Liebertreibungen verhalten ließ; aber ein Plus an schauspielerischem Temperament und stimmlichem Aufwand läßt sich eher ertragen als ein Minus dieser guten Eigenschaften. Jedenfalls errang Frä. Toros einen ganz außerordentlichen und spontanen Erfolg, der ihr Engagement in jeder Hinsicht als glücklich erscheinen läßt. Als zweites Werk dieses Opernabends wurden Leoncavallos „Pagliacci“ gegeben, in denen Herr Zubor zum ersten Male den Silvio sang. Die schöne Stimme des Sängers kam auch in dieser Rolle zur Geltung, musikalisch und darstellerisch aber hat er noch viel zuzulernen. Kapellmeister Waigand war der musikalische Leiter des Opernabends. Ob er allein an der musikalischen Anordnung fast aller Unschönes und Chorummern Schuld war, entzieht sich unserer Kenntnis; unzweifelhaft aber ist eine musikalische Erneuerung beider Opernwerke dringend notwendig, wenn man sie, ohne das Publikum abzuschrecken, im Spielplane erhalten will. —

Reisevorbereitung der Arbeiterorganisationen. Am 30. April, 18 Uhr abends, gelangt Smetanas volkstümliche Oper „Die verkaufte Braut“ als Reisevorbereitung zur Aufführung. Kartenverkauf bei Opitzler Deutsch, Ra pflanz, Kleiner Bazar.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Sonntag, 11 Uhr: Singverein 2 1/2 Uhr: „Gräfin Mariza“; 7 Uhr: „Lannhäuser“. Montag, 7 Uhr: „Mosenball“. — Dienstag, 7 Uhr: Gastspiel Leopold Kramer: „Die Tere-sina“. — Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Das Spiel um die Liebe“. — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Der strahlende Weinberg“. — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der Selige“, „Brüderlein sein“, „Die schlimmen Buben in der Schule“. — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Die verkaufte Braut“. — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer: „Die Mama vom Ballett“; 7 Uhr: Premiere: „Eugen Dnegin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag 3 Uhr: „Der keusche Lebemann“; 7 1/2 Uhr: „Nidel und die 36 Gerechten“. — Montag: „Der keusche Lebemann“. — Dienstag: „Bankbeamtenvorst.“: „Die heimliche Brautsahrt“. — Mittwoch: „Nidel und die 36 Gerechten“. — Donnerstag: Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer: „Die Mama vom Ballett“. — Freitag, Samstag und Sonntag, Gastspiele Gisela Werberitz: „Mama Pelikan“. — Sonntag, 3 Uhr: „Der wahre Jakob“.

Theatre Variété. Freitag begann im Karosinentaler Variététheater ein neues Bierzehntagsprogramm guten Durchschnitts, in dessen erstem Teile ein überaus geschickter Handschattenkünstler besonders auffiel. Viel Beifall finden unter anderem auch die Produktionen gewandter Parterreakrobaten und eines originellen Drahtkünstlers. Die Sensation des Abends bildet das wahrhaft stammschöne Paar Singali und Miß Terry; die Dame legt sich zu einem Flügel auf der Bühne, Herr Singali begibt sich in der Zuschauerzimmer, geht von Tisch zu Tisch und läßt sich von jedermann, der Lust hat, den Namen irgendeiner Oper oder Operette ins Ohr flüstern. Man hat kaum den Wunsch ausgesprochen, so singt

Rechnen Sie elektrisch!

MERCEDES-EUKLID

Ganz und halbautomatische Rechenmaschinen.

Mit Schieber und Tasten!
Sparen Zeit — Geld — Arbeit.

L. & G. Halphen.
Prag, Miku Ásská tr. 22/a. Telefon 2342.



O jemine, O jemine
was für ein schönes

Kombinc

aus eleganten 8-identriktion, komplett mit Aehselbändern, 110 bis 116 lang auf Lager in Schwarz, weiß drapp orange marine, hellblau und rosa und flieder, zum Reklamapreis von

Kč 39.-

Postbestellungen werden prompt per Nachnahme erledigt. Nichtpassendes wird ohne Willkür umgetauscht.

Josef WIENER, Prag
Oberer Wenzelsplatz 51. 4001

WARUM?

Befolgen Sie Ihre Einkäufe noch immer nicht bei dem einzigen deutschen Konsumvereine in Prag?

Verkaufsstellen:
Weinberg, Pilsenerstr. 5.
Zimov, Pilsenerstr. 5.
Vubna, Sternvertova 125.
Bären werden auf Wunsch kostenlos ins Haus angeliefert.

Alle Bücher

liefert rasch und billig die

Volksbuchhandlung
Kraus & Co.
Topiltz-Schönau.
Theresien-gasse 15 - 6

Großes Lager in preiswerter Gelegenheit zu kaufen. Besondere Preise werden bei Wunschkäufen.

Bedeutend ermäßigte Preise der Nachoder Fabriksreste.

Bestellen Sie umgehend, überzeugen Sie sich von den billigen Preisen.
20 m gute Reklam-Reste nur für Kč 85.-, 30 m für Kč 130.-. Waschlaken, Mod. Druck, Zephir, Baiste Schifone, Por Stoffe.
20 m gute Zephir-Reste für Herren, r. 11, nur für Kč 95.-, Nr. 11a für Kč 100.-, sortierte Kleiderz-ph-Reste Kč 130.-.
20 m gute Modestruk-Reste, Nr. 94, nur für Kč 100.-, Nr. 96 für Kč 115.-, 20 m feine freie Reste Nr. 9 Kč 100.-.
17 m gute Reste von Mode Kleiderstoffen, Karlerl, 70 cm breit Nr. 1 nur für Kč 85.-, Nr. 2 Kč 85.-, Nr. 3 Kč 115.-, 100 cm breit Nr. 4 nur für Kč 110.-, Nr. 5 Kč 105.-, Nr. 6 Kč 110.-.
20 m gute weße Reste, 50 cm und Weben Nr. 22 nur für Kč 90.-, Nr. 7 a Kč 110.-, Nr. 22b Kč 130.-, Nr. 21c Kč 95.-.
20 m gute weße Herren- und Damenstoffe R. 9 nur für Kč 160.-. Wollstoff auf einen Anzug, 3 Waschlaken, 2 Zephirlaken.
3 m Reste: auf einen Herrenanzug, engl. Musier, nur Kč 70.-. Komplettes Zubehör nur Kč 40.-.
Mode-Druckstoffe auf Gewicht, in Länge von 1 m auswärts per 1 kg Kč 40.-. Mindestabnahme 2 kg.
Vorteilhafteste Einkaufsstelle für Geschäftsleute. — Große Preisliste von Resten sowie Stockwaren gratis. — Umsatzsteuer und Emballage werden nicht berechnet.

Leo Strass in Nachod Nr. 260.
Manipulation von Textilwaren

GRAF KOCHFERTIGE SUPPEN

ERBS
ERBS mit REIS
ERBS mit SPECK
HAUSMACHER
REIS-JULIENNE



Kunst und Wissen.

Die Musik des Körpers.

Zur Vorbereitung der Dalcroze-Schule im Rahmen der Prager „Urania“.

Innerhalb einer Woche verzeichnet Prag das Aufsteigen zweier Tanzschulen, die geradezu entgegengelegte Pole der Körperkunst vertreten. Die Internationale Pantomimengesellschaft Max Reinhardt konzentriert den Tanz des Kosmos. Der Körper führt gewisse Bewegungen aus, die entweder ein Korrelat der Musik oder die Nachahmung irgendwelcher anderer Bewegungsvorgänge sein sollen. Aus Tanzhallen hebt sich im wechselnden Takte das Schauspiel der tänzerischen Darbietung zusammen. Eine in den meisten Fällen erlebte Leidenschaft des Körpers, Gelenkigkeit der Glieder, musikalisches Gefühl sind die Voraussetzungen dieses Tanzes. Er wird trotzdem fast durchwegs als Virtuosenstück geübt und spielt in technischen Meisterleistungen, denen die Bescheidenheit wirklicher Kunst fehlt. Die von Jacques Dalcroze begründete Schule in Hellerer bei Dresden (jetzt in Varenburg bei Wien) geht ebenfalls von der Voraussetzung aus, daß jeder normal gebildete menschliche Körper zum künstlerischen Instrument werden kann. Die Körperbewegung soll und kann nicht weniger als die menschliche Stimme Musik schaffen. Aber eben darum darf der künstlerische Tanz nicht in dem Erlernen von Schritten und Figuren, in der Bewöhrung des Körpers an die Begleitung musikalischer Vorgänge bestehen, sondern muß bei jedem Einzelnen der Ausdruck feinsten Erlebnisse sein. Wie man also in diesem Sinne „tanzen“ lernt, wenn der Ausdruck „Tanz“ überhaupt auf die moderne Kunst der Körperbewegung zutrifft, das zeigte in einer auch methodisch äußerst feinsinnigen und klaren Weise die Vorbereitung der Schule Hellerer.

Es war kein Tanzabend, bei dem Fertiges geboten wurde, sondern die Schule selbst spielte sich vor den Augen des Publikums ab. Es begann mit Gehen, Laufen, Trippeln, den Viertel-, Achtel- und Sechzehntelnoten des Körpers. Der Körper wird von dem einfachen Rhythmus, dann von der Musik geleitet. Wir sehen aber auch den Körper tonangebend und die Musik zum bloßen Begleitinstrument „degradiert“. Dann erst zeigen die Schülerinncn an zahlreichen Themen, wie Körper und Musik in Wechselwirkung treten, wie sie einander anregen, wie man ein Bewegungsschema in Musik übersetzen oder ein musikalisches Thema in der Bewegung des Körpers neu gestalten kann. Man erhielt einen gründlichen Einblick in die Arbeit der Schule. Das rhythmische Orchester, die Proben, die von einzelnen Schülerinnen im Dirigieren abgelegt wurden, die kleinen Zufälligkeiten und Scherz, die unterliefen, bewiesen, daß sich hier kein Drill, sondern selbständiges Schaffen vor unseren Augen abspielte. Die große Freiheit der körperlichen Individualität wird hier zum ersten-

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Prag. Am Mittwoch, dem 21. April findet um 8 Uhr abends im Blauen Saal des Goldenen Kreuzel ein Vortrag des Genossen Dr. Robert Wiener über „Aktuelle wirtschaftspolitische Fragen“ statt. Wir erwarten bestimmtes und zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder.
Die Ortsgruppenleitung.

Turnen und Sport.

Reinigungsprozeß im österreichischen Fußball-sport. Die Freie Vereinigung der Arbeiter-Fußballvereine Oesterreichs hat den erstklassigen Sportklub Admira ausgeschlossen, weil dessen Vertreter den gegen die Gewaltherrschaft Mussolinis gerichteten Beschluß bekämpfte. Auch die anderen Professionsvereine, die als Arbeitervereine gelten, und sich jetzt mit der Admira solidarisch erklärten, werden rücksichtslos ausgeschlossen. In wenigen Wochen dürfte die reinliche Scheidung vollzogen und der Arbeiterfußballverband in Oesterreich gegründet sein.

Mussolini ärgert sich. Auf Befehl Mussolinis haben die Sportvereine Italiens die Beziehungen zu den österreichischen Sportorganisationen abgebrochen, weil der österreichische Fußballbund beschloß, die internationale Tagung der bürgerlichen Fußballverbände nicht zu beschiden, wenn sie in Rom stattfindet.

Vom Kongreß der elfassischen F.S.I. Der Kongreß, auf dem 78 Delegierte vertreten waren, nahm eine Entschlieung an, worin erneut der energische Wille zur Einheit betont und jede Verantwortung an der Spaltung abgelehnt wird. Es wird weiter erklärt, daß die F.S.I. trennen den Grundsätzen der Luzerner Internationale regionale kämpfen werde, für einheitliche, regionale und internationale Arbeiterpolitikbewegung. Die Luzerner Internationale wird aufgefordert, den ursprünglichen Namen der Internationale wiederherzustellen, um jede tendenziöse und einseitige Auslegung unmöglich zu machen.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm:

Heute, halb 11 Uhr: „Das Erwachen des Weibes“, Sechste Wiederholung.
Mittwoch, 3 Uhr: „Kindermärchenachmittag“ mit Filmen und erklärenden Worten.
Mittwoch, 6 Uhr: „Erziehungsberatung“.
Mittwoch, 8 Uhr: „Im Kampfe gegen das moderne Vaster: Opium, Morphium und Kokain“. Mit Lichtbildern. Dr. Tschner (Wien).
Donnerstag, 8 Uhr: „Die Gesetze der Welt“ mit Lichtbildern. Raoul Francé (Salzburg).
Freitag, 8 Uhr: „Satirisch-humoristischer Abend“. Direktor Leopold Kramer. Vorlesung aus der eigenen Sammlung historischer Satiren, dann Novellen usw.
Samstag, 3 Uhr: „New York und die New Yorker“. Siebente Wiederholung des erstklassigen Reiseliteraturfilms.
Dazu sämtliche Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes Urania“.
Karten zu allen Veranstaltungen täglich halb 10—1 Uhr und 3—7 Uhr. Urania-Biofassa, Smeteky Nr. 22. Telefon 20.429. 4018

„Der Tröbler von Amsterdam.“ Eine übertragende Regieleistung! Mit Werner Kraus und Anton Pointner! Frau Urania-Kino, heute 3, halb 6 und 8 Uhr. Morgen und täglich halb 6 und 8 Uhr. Telefon 20.429. 4018

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.
Druck: Deutsche Zeitungs-N.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Sölll.



Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!